

## Geringfügiger Güterumschlag-Anstieg

Trotz eines schwierigen Geschäftsjahres hat die Bayernhafen-Gruppe am Standort Regensburg im Jahr 2012 ihren Gesamtumschlag geringfügig erhöht. 7,614 Millionen Tonnen an Gütern passierten per Schiff, Bahn oder Lkw den Regensburger Hafen – 0,2 Prozent mehr als 2011. „Die Rahmenbedingungen waren im vergangenen Jahr alles andere als einfach“, sagte Niederlassungsleiter Andreas Pippig am Donnerstag am Hauptsitz der Bayernhafen-Gruppe in Re-

gensburg. Zu Beginn des Jahres behinderte eine wochenlange Eissperre die Schifffahrt auf der Donau und am Main-Donau-Kanal, im April folgten Schleusensperrungen. Der Niederlassungsleiter begrüßte, dass eine Entscheidung zum Donau-Ausbau zwischen Straubing und Vilshofen (Kreis Passau) gefallen ist – wenn auch ohne Staustufe. „Eine andere Variante wäre wünschenswerter gewesen.“ Doch er sei froh, dass sich nun zumindest die Planungssicherheit erhöhe. –uft–

# Staufstufenbefürworter geben nicht auf

## Donauausbau: Ost-West-Wirtschafts-Club will „alle Optionen“ offen halten

**Straubing/München. (rm/ta)** Einen Tag nach den Beschlüssen des bayerischen Ministerrats für einen „sanften“ Ausbau der Donau zwischen Vilshofen und Deggendorf haben sich die Befürworter der so genannten C 2,80-Variante zu Wort gemeldet. Beim Donauausbau müssten „alle Optionen offen gehalten werden“, forderte der ehemalige Staatsminister Eberhard Sinner (CSU) in seiner Eigenschaft als „Ost-West-Wirtschafts-Club Bayern“ (OWWC).

Sinner verwies auf das Wirtschaftswachstum in Asien und insbesondere in der Türkei. Über die Donau lasse sich der zusätzliche Güterverkehr über das Schwarze Meer nach Asien „ökonomisch und ökologisch sinnvoll“ abwickeln. Man dürfe die Donau nicht nur lokal betrachten. Für die erwartete dynamische Entwicklung im Ost-West-Warenaustausch bringe die Ausbauvariante A ohne Staustufe und Stichkanal weder für die Natur noch für die Schifffahrt eine „optimale Verbesserung“. Es dürften jetzt keine Entscheidungen getroffen werden, welche künftige Entwicklungsmöglichkeiten verhinderten.

Die bayerische CSU-FDP-Staats-

regierung hatte am Mittwoch den Ausbau der Donau zwischen Vilshofen und Deggendorf beschlossen, für den 16 Kilometer langen Abschnitt zwischen der Isarmündung und der Mühlhamer Schleife aber keine Festlegungen getroffen (wir berichteten gestern). Die ebenfalls beschlossenen umfangreichen Hochwasserschutzmaßnahmen orientieren sich allerdings an dem sanften Ausbaukonzept. Das seien „weitgehende Festlegungen“, hatte Umweltminister Marcel Huber (CSU) festgestellt, der Staustufen- und Stichkanalbau ablehnt.

Der Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl Christian Ude wies am Donnerstag darauf hin, dass die Zusage, auf Staustufe und Kanal zu verzichten, „leider nicht endgültig“ sei. Eine SPD-geführte Landesregierung werde dafür sorgen, dass die Donau auch in 20 oder 30 Jahren „vor eventuell wieder aufkommenden Kanalisierungsphantasien geschützt bleibt“.

### ÖDP fordert ökologische Optimierung der Variante A

Dem OWWC gehören zwar überwiegend, aber nicht nur CSU-Mitglieder an. So sind im Vorstand auch FDP-Bundesjustizministerin

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und der Weidener SPD-Oberbürgermeister Kurt Seggewiß vertreten.

Unterdessen hat für die ÖDP Landesgeschäftsführer Urban Mangold die Kabinettsentscheidung gegen Staustufen als „wichtigen Schritt für die Bewahrung unseres Naturerbes“ bezeichnet. Allerdings gäbe es „keinen erkennbaren sachlichen Grund, warum dieser Verzicht mit der Amtszeit von Ministerpräsident Seehofer verbunden werde“. Auch nach Seehofer wären Staustufen ein naturzerstörerischer Eingriff mit schlimmsten Folgen, so Mangold. Die ÖDP begrüßte den geplanten Hochwasserschutz und vertritt die Auffassung, „dass auch die Donauausbau-Variante A noch ökologisch verbessert werden müsste“.

Und für den niederbayerischen Kanubezirk bezeichnete Vorsitzender Robert Sommer die Entscheidung der Staatsregierung als „halbherzig“. Dass CSU und FDP den Donauausbau mit einer Staustufe und Stichkanal durch die Mühlhamer Schleife „nur auf die lange Bank schieben, solange Ministerpräsident Horst Seehofer regiert, stellt keine zukunftsweisende Politik dar, die klare Weichen stellt“, so Sommer.

# Hochwasserschutz kommt

## Zellmeier: Für Mariaposching und Waltendorf

**Straubing-Bogen.** (ta) Nach dem Beschluss des Bayerischen Kabinetts zum Donauausbau nach der Variante A ist nun auch der Startschuss für den Hochwasserschutz greifbar nah. Wie der Landtagsabgeordnete Josef Zellmeier mitteilte, kann bereits in diesem Jahr mit den Baumaßnahmen begonnen werden. Außerdem wird für die besonders gefährdeten Gebiete wie Mariaposching und Waltendorf ein Startpaket über 100 Millionen Euro geschnürt. „Mit dem Beschluss können alle Betroffenen aufatmen. Denn ein ausreichender Hochwasserschutz gehört seit Langem zu den drängenden Fragen.“

Zellmeier hat sich zusammen mit seinen niederbayerischen CSU-Kollegen in der Vergangenheit massiv dafür eingesetzt, dass neben dem Ausbau der Wasserstraße Donau der Schutz der Anlieger vor Hochwasser mindestens genauso wichtig sei. Besonders entlang der Orte Mari-

aposching und Waltendorf, die enorm unter der Hochwasserbedrohung leiden, gebe es dringenden Handlungsbedarf. „Beide Ortschaften haben durch den fehlenden Hochwasserschutz Einschränkungen bei der Errichtung neuer Wohnhäuser hinnehmen müssen. Daher ist der Hochwasserschutz hier von größter Wichtigkeit und muss unbedingt noch in diesem Jahr beginnen,“ forderte der Abgeordnete.

Insgesamt stehen Baumaßnahmen von rund 578 Millionen Euro für den Hochwasserschutz an der Donau zwischen Straubing und Vilshofen an. Der Freistaat stellt dafür insgesamt 385 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind zwei Drittel der Gesamtkosten und entspricht der bisherigen Kostenaufteilung mit dem Bund. Bereits in den vergangenen Jahren wurden Hochwasserschutzmaßnahmen mit einem finanziellen Umfang von rund 120 Millionen Euro realisiert.

## Narrenfreiheit

*Zum Artikel „Schutz vor 100-jährigem Hochwasser soll rasch kommen“ vom 28. Februar:*

„Geht's noch scheinheiliger? Ziel sei,...die Jahrzehnte vernachlässigten Hochwasserschutzmaßnahmen... anzugehen' wird Staatssekretär Sibler zitiert. Ja, wer hat sie denn vernachlässigt? War es nicht seine Partei, die die Anwohner damit erpresst hat, um so die Staustufenvariante durchzuboxen? Noch wenige Tage vor der Entscheidung zur ‚sanften‘ Ausbaulösung hat Erwin Huber in einem Brief an eine Bürgerin geschrieben, dass ohne Ausbau nach C280 ‚der Rückbau donau naher Siedlungen geprüft‘ werde. Huber schämte sich nicht, bis zuletzt auf Angstmache und Erpressungstaktik zu setzen. Man kann nur hoffen, dass die Donau noch viele Jahre nicht aus ihrem Bett steigt, denn sonst wird die niederbayerische CSU dafür einmal zur Verantwortung gezogen, weil sie mit dem Hochwasserschutz so lange taktiert hat. Aber solange Volksverdummung kein Straftatbestand ist und es kein Verursacherprinzip gibt, werden solche Politiker Narrenfreiheit genießen.“

*Helmut Geiss  
Mariaposching*

U  
MÜHLEN-AUSBAU

## Verständliches Misstrauen

VON CHRISTIAN SEBALD

Damit dürfte Ministerpräsident Horst Seehofer nicht gerechnet haben. Da schlägt er sich in dem Jahrzehnte währenden, erbitterten Kampf um die Donau auf die Seite der Ausbau-Gegner und verhilft ihnen zu einem Sieg, den sie vor Jahresfrist in ihren kühnsten Träumen nicht erwartet hätten. Und dennoch bleiben die Menschen an der Donau, aber auch die Umweltverbände misstrauisch, ob der neue Beschluss der Staatsregierung wirklich hält, was er verspricht: dass die einzigartige Flusslandschaft zwischen Straubing und Vilshofen samt ihren Auwäldern und den vielen Vogel- und Fischarten erhalten bleibt, wie sie sie kennen und lieben. Schließlich haben Ex-CSU-Chef Erwin Huber und die anderen Ausbau-Lobbyisten in und außerhalb der CSU dem Ministerpräsidenten als Preis für ihr jetziges Stillhalten abgerungen, dass das Nein zu Staustufe und Kanal an der Mühlhamer Schleife später noch einmal revidiert werden könnte.

Natürlich ist das Misstrauen verständlich. Denn die Kanal-Fraktion in der CSU hat in den vergangenen Wochen ein ums andere Mal kundgetan, sie setze darauf, dass sich die Zeiten wieder ändern, und dann werde sie die Pläne für Kanal und Staustufe neu aus der Schublade ziehen. Andererseits ist es doch so: Politik besteht immer aus Kompromissen. Und so weit, wie sich Erwin Huber und viele andere in der CSU all die Jahre für Kanal und Staustufe aus dem Fenster gelehnt haben, wäre es vermessen, zu glauben, Seehofer könnte sie binnen Wochen zum Umschwenken bewegen. Der Ministerpräsident musste ihnen eine Brücke bauen. Schon allein damit Huber und Co. nicht ihr Gesicht verlieren. Gut möglich also, dass auch sie schon in wenigen Monaten nicht mehr daran erinnert werden wollen, wie vehement sie einmal für Kanal und Staustufe gestritten haben. So wie auch eine CSU-Staatsregierung nach Seehofer die Ausbaupläne nicht mehr aufwärmen dürfte. Schon allein weil die CSU dann endgültig ihre Glaubwürdigkeit in Sachen Naturschutz verspielt hätte – weit über Niederbayern hinaus.

11

# Der Kampf um die Donau ist beendet

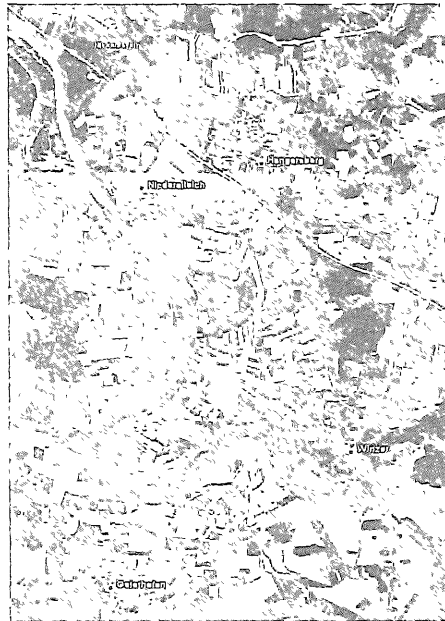
Das Kabinett beschließt einen Verzicht auf Kanal und Staustufe, die Naturschutzverbände bleiben dennoch misstrauisch

München – Es ist ein glücklicher Tag für Josef Thalhammer. „Jahrelang haben die Staatsregierung und die CSU uns Donauanlieger damit erpresst, dass sie gesagt haben, ihr bekommt den Hochwasserschutz nur, wenn ihr den massiven Ausbau der Donau mit Kanal und Staustufe akzeptiert“, sagt der Bürgermeister des 2000-Einwohner-Dorfes Niederalteich, das genau dort liegt, wo einmal der umkämpfte Kanal an der Mühlhamer Schleife von der Donau abzweigen sollte. „Mit ihrem heutigen offiziellen Beschluss, auf das gigantische Bauwerk zu verzichten, tun Horst Seehofer

Die CSU beugt sich womöglich nur mit dem Ziel, der Opposition eine Angriffsfläche zu nehmen

und sein Kabinett endlich das, was erste Politiker-Pflicht ist“, sagt Thalhammer: „Sie nehmen den Willen der Menschen ernst, die von ihren Entscheidungen betroffen sind.“ Deshalb, so sehen das Thalhammer und die übergroße Mehrheit der Bevölkerung an der niederbayerischen Donau, ist dieser Mittwoch ein glücklicher Tag für sie. Und natürlich sind sie dem Ministerpräsidenten dankbar dafür, dass er ihre Proteste erhört hat und den Kampf um die Donau beendet hat.

Dabei ist es nicht einmal Seehofer selbst, der in München die Entscheidung verkündet, die sie in Niederbayern so sehnlich erwartet haben. Der Ministerpräsident und seine Frau Karin sind schon am



Die Donau bei Niederalteich soll erhalten bleiben, wie sie ist. GOOGLE EARTH

Morgen nach Rom geflogen und wohnen dort der letzten Generalaudienz von Papst Benedikt XVI. bei. Deshalb treten Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) und Umweltminister Marcel Huber (CSU) nach der Kabinettsitzung vor die Presse und verkünden in dünnen Worten, das, was sich seit Herbst abgezeichnet hat: Der Freistaat verzichtet auf den massiven Ausbau der letzten, weitgehend unverbauten 70 Donau-Ki-

lometer in Bayern zwischen Straubing und Vilshofen. Zumindest verzichtet eine jede Staatsregierung unter Ministerpräsident Seehofer darauf. Anders als beim Ausbau des Münchner Flughafens, der Isental-Autobahn und anderen Großprojekten beugt sich die CSU damit den jahrzehntelangen wütenden Protesten der Bevölkerung – auch wenn dies womöglich nur mit dem Ziel passiert, der Opposition bei der Landtagswahl im Herbst eine Angriffsfläche zu nehmen, wie viele spekulieren.

Zugleich versprechen Seehofer und sein Kabinett den Niederbayern, dass sie den Hochwasserschutz vorantreiben werden. Ortschaften wie Niederalteich oder Maria-Posching warten seit Jahrzehnten darauf. Im Katastrophenfall stünden sie meterhoch unter Wasser. Nun werden sie endlich neue Dämme und Deiche bekommen. Aber auch die Schifffahrt soll profitieren. Zwar verzichtet man auf Stauwehr und Kanal. Aber die Donau soll doch so ausgebaut werden, dass Frachter die Engstelle künftig deutlich besser passieren können.

Vor allem aber soll die Natur zu ihrem Recht kommen. Die Donau zwischen Straubing und Vilshofen ist ein ökologisches Juwel, wie es kein zweites gibt an einem mitteleuropäischen Fluss: Hier leben allein 54 Fischarten, darunter Zingel und Streber, die sonst kaum noch vorkommen. Und in den Auwäldern entlang des Flusses brüten Blaukehlchen, Halsbandschnäpper, Bienenfresser und weitere 130 zumeist sehr seltene Vogelarten, wie Ornithologen dokumentiert haben. „Die niederbayerischen

Donau ist ein Hotspot der Biodiversität“, sagt Umweltminister Huber deshalb gerne. „Mit unserer Entscheidung haben wir die Gewissheit, dass er erhalten bleibt.“

Gleichwohl bleibt die Freude der Naturschutzverbände verhalten. Zwar begrüßen der Bund Naturschutz, der Vogelschutzbund LBV und andere kleinere Organisationen den Beschluss. Aber sie sind misstrauisch, ob der Verzicht auf Staustufe und Kanal wirklich endgültig ist. Schließlich hat die Kanal-Lobby um den früheren CSU-Chef Erwin Huber und Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) in zähem Ringen durchgesetzt, dass eine Staatsregierung nach Seehofer ihn revidieren könnte. Zwar betonen Wirtschaftsminister Zeil und Umweltminister Huber, dass dies sehr unwahrscheinlich sei. Aber dieses Zugeständnis ist der Grund, warum viele dem neuen Frieden nicht richtig trauen.

So wie auch der Niederalteicher Bürgermeister Thalhammer: „Natürlich wären wir sehr viel glücklicher, wenn die Staatsregierung sich zu einem endgültigen Verzicht auf Staustufe und Kanal hätte durchringen können“, sagt er. „Schließlich haben wir es schon oft erlebt, dass eine Zusage von heute schon am nächsten Tag nicht mehr gegolten hat.“ Für diesen Fall haben sich die Donau-Anwohner aber schon gewappnet. „Die Staatsregierung muss sich über Eines im Klaren sein“, sagt Thalhammer. „Sollte sie irgendwann doch wieder den Bau von Staustufe und Kanal forcieren, steht unsere Protestfront, und zwar stärker als je zuvor.“ CHRISTIAN SEBALD

# 100 Millionen für Hochwasserschutz

Geld soll als Anschubfinanzierung 2014 bereitstehen – Insgesamt 315 Millionen – Donauausbau nach Variante A abgesegnet

Von Alexander Kain

**München.** Die bayerische Staatsregierung hat in ihrer Kabinettsitzung gestern den in den vergangenen Wochen vereinbarten Rahmen für den Donauausbau beschlossen.

Unter der Leitung von Vize-Ministerpräsident und FDP-Wirtschaftsminister Martin Zeil – Ministerpräsident Horst See-

hofer (CSU) weilte beim Papst-Abschied in Rom – entschied das Kabinett, den Hochwasserschutz entlang des 69 Kilometer langen Abschnitts zwischen Straubing und Vilshofen nach Variante A auszubauen. Dafür sollen bis 2024 insgesamt 315 Millionen Euro im Staatshaushalt zur Verfügung gestellt werden. 100 Millionen Euro (25 Millionen als tatsächliche Haus-

haltsmittel, 75 Millionen als Verpflichtungsermächtigung für Ausgaben in späteren Jahren) sollen im Nachtragshaushalt 2014 „für den sofortigen Umsetzungsbeginn der Hochwasserschutzmaßnahmen“ bereitgestellt werden. Mit den Bundesmitteln addieren sich die Investitionen auf 378 Millionen Euro. Noch heuer soll es dort, wo schnell Baurecht erreicht wer-

den könne, erste Spatenstiche geben, sagte Zeil. 2013 müssen Hochwasserschutzmaßnahmen aus regulären Mitteln des für den Hochwasserschutz zuständigen Umweltministeriums bestritten werden, für 2014 stehen an der Donau zusätzlich 25 Millionen Euro zur Verfügung. Für die Jahre ab 2015 kann dann in höherem Maße (bis zu 75 Millionen Euro) geplant werden.

Das Kabinett nickte den zwischen Seehofer und Niederbayern-CSU vereinbarten und von der FDP gebilligten Plan ab, die Donau zwischen Straubing und Isarmündung nach Variante A auszubauen: Während der Amtszeit Seehofers werde es zwischen Isarmündung und Mühlhamer Schleife keine Stautufen und keinen Stichkanal geben. – **Bayern/Standpunkt**

STANDPUNKT

## *Die andere Tür*

Von Ernst Fuchs

Nirgends wird so viel gelogen wie auf Beerdigungen, nach der Jagd – und natürlich vor Wahlen. Insofern braucht es getrost niemand zu glauben, dass bei der Entscheidung für die so genannte sanftere Donauausbau-Variante A ökologische Gründe den Ausschlag gegeben hätten. Das gibt das große EU-Gutachten einfach nicht her.

Nicht gelogen dagegen ist, dass die CSU auf die Linie der Naturschützer, der FDP und der Opposition einschwenkte, weil die von ihr seit Jahrzehnten favorisierte verkehrswirtschaftlich effektivere Staustufen-Variante nur im gesellschaftlichen Unfrieden durchsetzbar wäre und deshalb zweifelsohne Wahlstimmen kostete.

Gott schließt nie eine Tür, ohne eine andere zu öffnen: Getreu dieses alten irischen Sprichworts gilt es nun bei der CSU, vor allem der niederbayerischen, nach vorn zu blicken, und zwar in zwei Hauptrichtungen. Für die existenziell wichtigen Schutzmaßnahmen gegen ein hundertjähriges Hochwasser steht zumindest für eine kräftige Startphase ausreichend Geld bereit. Nun muss überall möglichst schnell Baureife her.

Genau so wichtig sind Lösungen gegen die zunehmende Verkehrsbelastung zwischen Regensburg und Passau, vor allem auf der A 3, aber auch der B 20 und der Schiene. Das verspricht der Kabinettsbeschluss. Alle, denen die Entwicklung Ostbayerns am Herzen liegt, die einen Verkehrsinfarkt abwenden wollen, müssen den Freistaat beim Wort nehmen. Niemand mehr darf sich mit Vertröstungen abspesen lassen.



# Schutz vor 100-jährigem Hochwasser soll rasch kommen

Kabinetts beschließt Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen nach Variante A – Mühlhamer Schleife bleibt vorerst außen vor

Von Alexander Kain

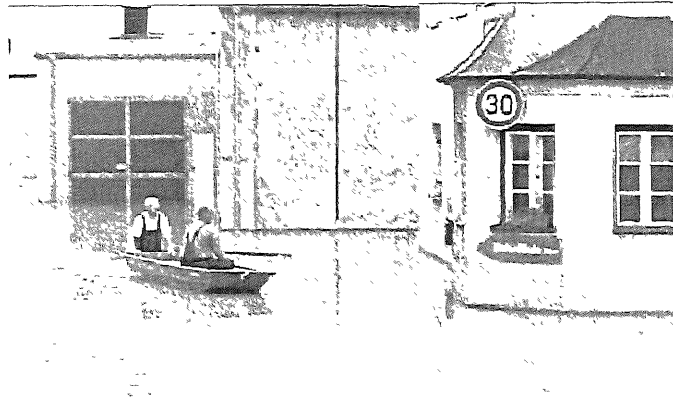
München. Staustufe und Stützkanal beim Donauausbau sind vom Tisch – zumindest für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte, womöglich für immer. Die bayerische Staatsregierung hat bei ihrer gestrigen Kabinettsitzung beschlossen, kein Planfeststellungsverfahren dazu einzuleiten und die restliche Donau zwischen Straubing und Isarmündung nach Variante A auszubauen. Das lässt spätere Generationen die Möglichkeit, sich anders zu entscheiden, für diese Generation ist die Sache entschieden.

Maßgeblich für die Marschrichtung war offenbar eine Umfrage, wonach 65 Prozent der Bayern für einen Ausbau nach Variante A ge-

wesen seien und nur 14 Prozent klar für einen Ausbau nach C.280, verlautbarte gestern aus der Staatsregierung. Daraufhin änderte die CSU-Führung ihre Meinung zum Donauausbau und schwenkte auf FDP-Linie ein.

## Gesamtkonzept Regensburg – Passau

Um Ostbayern eine verkehrliche Zukunft zu garantieren (Prognosen gehen von einer kräftigen Zunahme des Ost-West-Verkehrs aus, weshalb insbesondere die Wirtschaft auf einem Donauausbau beharrt), soll „mit dem Bund im Rahmen der Fort-



Der Hochwasserschutz muss im Landkreis Deggendorf dringend ausgebaut werden, fordert Landrat Christian Bernreiter. Im Bild das Hochwasser 2005 in Deggendorf – Foto: Birgmann

schreibung des Bundesverkehrswegeplans“ ein „Gesamtkonzept zur Verkehrsentwicklung auf der Achse Regensburg-Passau“ abgestimmt werden, das „insbesondere die Bundesautobahn A 3 und die Bundesstraße B 20 sowie das Schienennetz zum Gegenstand hat“, heißt es in der Beschlussvorlage.

Ziel sei, möglichst rasch die Jahrzehnte vernachlässigten Hochwasserschutzmaßnahmen entlang der Donau anzugeben, so der ostbayerische Staatssekretär Bernd Sibley, etwa in Niederaltleich und Maraposching, „sobald die erforderlichen Grundstücke zur Verfügung stehen und Baurecht besteht“.

Der Chef der Niederbayerischen CSU, der Europaabgeordnete Manfred Weber, erklärte gestern, „nun müssen die Bagger schnell rollen, damit es für die Menschen entlang der Donau im Falle eines Hochwassers kein böses Erwachen gibt“. Mit der Bestätigung des gefundenen Kompromisses durch das Kabinetts gebe es „die große Chance für gesellschaftlichen Konsens und Frieden in Niederbayern“, so Weber.

Der einzige niederbayerische Minister im Kabinetts, Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (CSU), erklärte, von der Entscheidung profitierten „rund 100 000 Niederbayern, die von einem hundertjährigen Hochwasser zwischen Straubing und Vilshofen betroffen wären“.

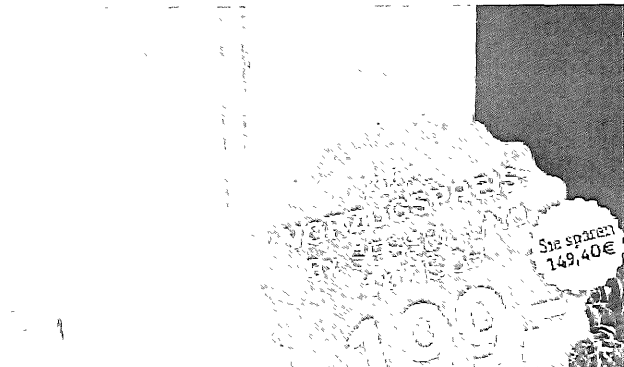
Von dem Verkehrskonzept verspreche er sich „rasche Antworten auf die Frage, wie wir in den kommenden Jahren das Transportaufkommen im Donauroum am sinnvollsten bewältigen können.“ Und: „Nur so können wir sicherstellen, dass sich der Wirtschaftsstandort Niederbayern auch künftig so dynamisch wie bisher entwickelt“.

„Der Ausbau des Hochwasserschutzes war immer eine zentrale Forderung mit höchster Priorität. Mit den nun zur Verfügung gestellten Geldern wird man dieser Forderung gerecht und für die Menschen an der Donau ist das ein wichtiges Ergebnis“, begrüßt der Passauer Landrat Franz Meyer (CSU) die Entscheidung des Kabinetts.

„Ich bin froh, dass jetzt Klarheit herrscht und viel Geld für den Hochwasserschutz zur Verfügung steht“, so der Deggendorfer Landrat Christian Bernreiter (CSU). „Wenn jetzt eine konsensfähige Deichlinie und bebaubare Grundstücke präsentiert werden, kann schnell gebaut werden. Das ist nötig, denn viele Bürger im Kreis sind nicht vor einem Jahrhunderthochwasser geschützt.“

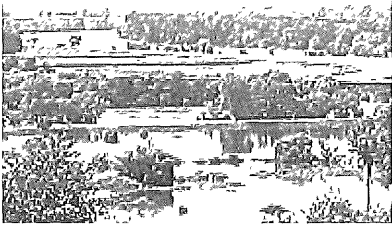
Kritik, nicht eine Entscheidung für den gesamten Donauabschnitt zu treffen, kam von den Grünen: „Weshalb keine Entscheidung für den gesamten Streckenabschnitt, weshalb wieder ein Hintertürchen?“, sagt Elke Hallitzky.

ANZEIGE



27.02 2013

## Kabinett entscheidet: Keine Donau-Staustufe in Niederbayern



Bei der Frage um die Varianten für den Donauausbau geht es auch darum, wie schnell der Hochwasserschutz kommen wird und wie er finanziert werden kann.  
Foto: Birgmann

Nach jahrelangem Streit über den Donauausbau in Niederbayern ist es nun offiziell: Auf absehbare Zeit wird es keine Staustufe zwischen Straubing und Vilshofen geben. Das hat das Kabinett am Mittwoch entschieden.

Auf dem 69 Kilometer langen Flussabschnitt soll zunächst der Hochwasserschutz vorangetrieben werden, und zwar sehr schnell, wie Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) und Umweltminister Marcel Huber (CSU) in München mitteilten. Auf 54 Kilometern wird zudem die Schiffbarkeit nach der sanften Ausbauvariante A verbessert. Für die umstrittenen 15 Kilometer gibt es noch keine Festlegung.

Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) betonte aber: "Eines ist klar: In meiner Amtszeit wird es keine Staustufe, keinen Stichkanal und keine Verfahren dazu geben." Zeil betonte, die Entscheidung des Kabinetts sei nunmehr unumkehrbar.

Zeil sagte zudem, die Weichen für einen späteren Komplett-Ausbau nach Variante A seien "durchaus gestellt" - die Variante C 280 mit Staustufe und Kanal wäre demnach unwahrscheinlich. Huber sprach von "sehr weitgehenden Festlegungen" in Richtung Variante A - auch wenn niemand sagen könne, was eine künftige Regierung entscheiden werde.

Beide Minister betonten, wie wichtig es sei, dass nun schnell mit Hochwasserschutzmaßnahmen begonnen werden könne. Das entspreche auch dem dringenden Wunsch der betroffenen Bevölkerung in Niederbayern. Vor allem die besonders gefährdeten Bereiche sollten schnell angegangen werden. Dafür gebe es ein 100-Millionen-Euro-"Startpaket".

Insgesamt stehen für den Hochwasserschutz rund 578 Millionen Euro zur Verfügung. Der Freistaat stellt davon 385 Millionen Euro bereit. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Schifffahrt auf den unstrittigen 54 Kilometern kosten laut Staatsregierung nochmals 80 Millionen Euro.

Der Chef der Niederbayern-CSU, Manfred Weber, nannte den Beschluss des Kabinetts ein gutes Ergebnis und einen Erfolg für die Menschen in Niederbayern. "Endlich werden die drängenden Probleme Hochwasserschutz und Verkehrsbelastung angepackt." Mit dem Kompromiss gebe es zudem "die große Chance für gesellschaftlichen Konsens und Frieden in Niederbayern". Es sei gut, dass über die umstrittenen letzten 15 Kilometer noch keine Entscheidung getroffen worden sei. "Dies soll den nächsten Generationen angesichts künftiger Herausforderungen überlassen bleiben", erklärte der CSU-Politiker.

Umweltverbände nannten den Kabinettsbeschluss "den ersten Schritt in die richtige Richtung zum Schutz der frei fließenden Donau". Damit würden endlich die richtigen Prioritäten gesetzt - und der Fokus auf den Hochwasserschutz gelegt, erklärte eine Allianz von Bund Naturschutz, Landesfischereiverband, Landesbund für Vogelschutz, Bürgerforum Umwelt und der Bürgeraktion "Rettet die Donau". Allerdings könne man erst dann tatsächlich von einem großen Erfolg sprechen, wenn die Staustufenpläne endgültig vom Tisch seien.

Der niederbayerische Grünen-Landtagsabgeordnete Eike Hallitzky reagierte mit Kopfschütteln auf den Kabinettsbeschluss. "Weshalb keine Entscheidung für den gesamten Streckenabschnitt, weshalb wieder ein Hintertürchen?", fragte er. Der sanfte Ausbau nach Variante A hätte nach Ansicht Hallitzkys gleich für die kompletten 69 Kilometer beschlossen werden können und müssen, um den Bürgern in Niederbayern nach

jahrzehntelanger Unsicherheit Gewissheit zu verschaffen.

Reinhold Perlak (SPD) begrüßte die Kabinettsentscheidung, spottete aber über die "180-Grad-Wende" der CSU. "Es ist erstaunlich, dass die Entscheidungsträger volle drei Jahrzehnte brauchen, bis sie zu der Erkenntnis kommen, die wir gemeinsam mit allen naturschutzrelevanten Verbänden längst vertreten haben", erklärte der SPD-Parlamentarier. Und Freie-Wähler-Fraktionschef Hubert Aiwanger sagte: "Kurz vor der Wahl wird die CSU katholisch. Jahrelang wurde der Hochwasserschutz schuldhaft verzögert, weil die Staatsregierung behauptet hat, ohne Staustufe gäbe es keinen Hochwasserschutz. Jetzt also doch." - lby

URL: [http://www.pnp.de/region\\_und\\_lokal/stadt\\_und\\_landkreis\\_passau/vilshofen/668598\\_Kabinett-entscheidet-Keine-Donau-Staustufe-in-Niederbayern.html](http://www.pnp.de/region_und_lokal/stadt_und_landkreis_passau/vilshofen/668598_Kabinett-entscheidet-Keine-Donau-Staustufe-in-Niederbayern.html)

© 2013 pnp.de

## Rettet die Donau



## Donau: Regierung geht Schritt in richtige Richtung

**Das bayerische Kabinett hat einen Ausbau der frei fließenden Donau vorerst ohne Staustufe und Kanal beschlossen. Vorrangige Aufgabe soll der Hochwasserschutz in der Region sein. Aus Sicht des BN ist das der erste Schritt in die richtige Richtung. Ziel muss die endgültige Aufgabe aller Staustufenpläne bleiben.**

Ende Januar hatte sich bereits der Koalitionsausschuss der bayerischen Regierungsparteien entschieden, die Donau zwischen Straubing und Vilshofen ohne Staustufe auszubauen und den Fluss frei fließen zu lassen, zumindest für die Dauer der Amtszeit von Ministerpräsident Horst Seehofer. Mit dem aktuellen Beschluss der bayerischen Regierung werden die Prioritäten jetzt richtig gesetzt: Vorrang in der niederbayerischen Donauregion hat der vom BUND Naturschutz (BN) seit Jahren geforderte angemessene Hochwasserschutz.

Die Allianz von BUND Naturschutz, Landesfischereiverband, Landesbund für Vogelschutz, Bürgerforum Umwelt und Bürgeraktion „Rettet die Donau“ begrüßt diesen Beschluss als ersten Schritt in die richtige Richtung. Die Verbände akzeptieren auch die Verbesserung der Schifffahrtsbedingungen mit einer ökologisch optimierten, flusserhaltenden Ausbauvariante und sehen darin die Voraussetzungen dafür, dass die Staustufenpläne ein für alle Mal aufgegeben werden. Eine aufwändige, 33 Millionen Euro teure Studie der EU hatte Ende 2012 deutlich gemacht, dass Stau und vertiefte Fahrrinne bei höchst fragwürdigem Effekt für den Güterverkehr nicht wieder gut zu machende Schaden in Natur und Landschaft anrichten würden.

### Staufufenpläne müssen endgültig vom Tisch

„Die verantwortliche Politik muss sich der Realität und den Anforderungen unserer Zeit stellen und dafür sorgen, dass der wertvollste Flussabschnittes in Bayern für unsere Landschaft und Heimat, für die Artenvielfalt und für die Menschen vor Ort dauerhaft bewahrt bleibt“, fordern die Vorsitzenden der großen bayerischen Umweltverbände, Hubert Weiger für den BN und Ludwig Sothmann für den LBV, gemeinsam. Erst wenn die Staustufenpläne endgültig vom Tisch sind, könne man tatsächlich von einem großen Erfolg der Bürgerbewegung für die Erhaltung der einmaligen Donaulandschaft sprechen. Denn bislang sei der eindeutige und immer noch gültige Beschluss des Deutschen Bundestages von 2002, der nur einen Ausbau ohne Staustufe erlaubt, von der CSU blockiert worden.

Positiv sieht die Donauschutzallianz, dass der Hochwasserschutz vom Ausbau getrennt und die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen.

„Allerdings muss klargestellt werden, dass auch im strittigen Abschnitt zwischen Isarmündung und Winzer in jedem Fall die für den Hochwasserschutz nötigen Planfeststellungen durchgeführt werden. Die Region kann und muss aus ihrer Geiselhaft – Hochwasserschutz nur gegen Zustimmung zum Stau – befreit werden“, bekräftigt Anton Huber für das Bürgerforum Umwelt.

### **Einmalige Chance für international bedeutendes Schutzgebiet**

Die Verbände würden sich dann konstruktiv an der Ausgestaltung der Hochwasserschutzmaßnahmen beteiligen, wenn es keine Hintertüren für die Staubefürworter in Politik, Verwaltung und der Rhein-Main-Donau AG mehr gebe. Speziell im Isarmündungsgebiet bestehe eine einmalige Chance, mit der Rückverlegung der Deiche ein europaweit herausragendes, sich dynamisch entwickelndes Aue- und Gewässerschutzgebiet aufzubauen. Auf unnötige und eingriffsintensive Maßnahmen, wie den Bau von breiten Flutmulden im Isarmündungsgebiet könne so ohne Nachteile verzichtet werden.

„Wir werden weiter über die unwägbaren Risiken aufklären und informieren, die mit einer Staustufe verbunden sind. Unsere ersten Analysen der umfangreichen EU-Studie zeigen, dass bei vollständiger Betrachtung der Folgen die Eingriffe der Staustufenvariante C 280 in die Aue, das Flussökosystem und die Fischwelt nicht ausgeglichen werden können“, erläutert Johannes Schnell für den Landesfischereiverband Bayern. Dagegen könne die Natur schonendere Variante A ohne Staustufe und Kanal mit wenig Aufwand sowohl ökologisch wie für die Schifffahrt noch weiter verbessert werden. Die Verbände der Donauschutzallianz stellten ein Papier vor, in dem den Behauptungen und Scheinargumenten der Ausbaulobby die objektiven Tatsachen gegenübergestellt werden.

### **Region soll UNESCO-Welterbe werden**

Die Donauschutzallianz wird sich unabhängig von einer möglichen weiteren Hängepartie für die Strecke Isarmündung-Aicha vor allem auf die weitere ökologische Verbesserung der Donau konzentrieren. Der BN-Vorsitzende Hubert Weiger erklärt dazu: „Dazu bieten wir unsere konstruktive Mitarbeit an. Das gilt für die weitere ökologische Optimierung der Variante A zur Variante A plus.“

Verstärkt werden die Verbände der Donauschutzallianz den Wert der Kultur- und Naturlandschaft der Donau Von Regensburg bis Passau mit ihrem Herzstück Isarmündung herausstellen und die Initiative des Bayerischen Heimattags unterstützen, für diese Region das UNESCO-Prädikat „Welterbe der Natur und Kultur“ zu erlangen.

### **Mehr Info**

[Brennpunkt Donau](#)

### ***Für Rückfragen***

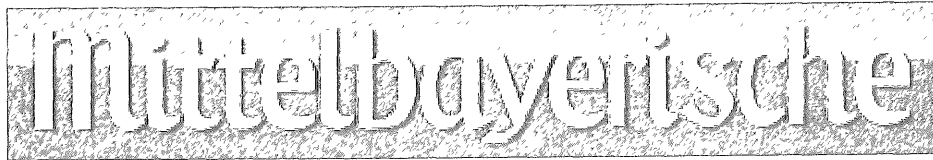
Richard Mergner  
Landesbeauftragter  
BUND Naturschutz in Bayern e.V.  
Tel. 09 11 / 8 18 78 25  
[richard.mergner@bund-naturschutz.de](mailto:richard.mergner@bund-naturschutz.de)

---

[Seite drucken](#)

[Fenster schliessen](#)

Druckversion Datum: 28. Februar 2013 - © Bund Naturschutz in Bayern e.V  
Quelle: <http://www.bund-naturschutz.de/>



OBERPFALZ &amp; BAYERN

Artikel vom 27.02.2013, 16:58 Uhr

## Donau: Kabinett stoppt Staustufen

**Jetzt steht es fest: Zwischen Straubing und Vilshofen wird es zumindest in den nächsten Jahren keine Donau-Staustufe geben. Umweltverbände sprechen von einem richtigen Schritt – halten sich mit Jubelmeldungen aber zurück.**

Zwischen Straubing und Vilshofen will die Staatsregierung auf absehbare Zeit keine Staustufe bauen lassen. Foto: dpa **Zwischen Straubing und Vilshofen will die Staatsregierung auf absehbare Zeit keine Staustufe bauen lassen. Foto: dpa**

München. Nach jahrelangem Streit über den Donauausbau in Niederbayern ist es nun offiziell: Auf absehbare Zeit wird es keine Staustufe zwischen Straubing und Vilshofen geben. Das hat das Kabinett am Mittwoch entschieden.

Auf dem 69 Kilometer langen Flussabschnitt soll zunächst der Hochwasserschutz vorangetrieben werden, und zwar sehr schnell, wie Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) und Umweltminister Marcel Huber (CSU) in München mitteilten. Auf 54 Kilometern wird zudem die Schiffbarkeit nach der sanften Ausbauvariante A verbessert. Für die umstrittenen 15 Kilometer gibt es noch keine Festlegung. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) betonte aber: „Eines ist klar: In meiner Amtszeit wird es keine Staustufe, keinen Stichkanal und keine Verfahren dazu geben.“ Zeil betonte, die Entscheidung des Kabinetts sei nunmehr unumkehrbar.

### „Sehr weitgehende Festlegungen“

Zeil sagte zudem, die Weichen für einen späteren Komplett-Ausbau nach Variante A seien „durchaus gestellt“ - die Variante C 280 mit Staustufe und Kanal wäre demnach unwahrscheinlich. Huber sprach von „sehr weitgehenden Festlegungen“ in Richtung Variante A - auch wenn niemand sagen könne, was eine künftige Regierung entscheiden werde.

Beide Minister betonten, wie wichtig es sei, dass nun schnell mit Hochwasserschutzmaßnahmen begonnen werden könne. Das entspreche auch dem dringenden Wunsch der betroffenen Bevölkerung in Niederbayern. Vor allem die besonders gefährdeten Bereiche sollten schnell angegangen werden. Dafür gebe es ein 100-Millionen-Euro-„Startpaket“.

Insgesamt stehen für den Hochwasserschutz rund 578 Millionen Euro zur Verfügung. Der Freistaat stellt davon 385 Millionen Euro bereit. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Schifffahrt auf den unstrittigen 54 Kilometern kosten laut Staatsregierung nochmals 80 Millionen Euro.

### Erfolg für die Menschen in Niederbayern

Der Chef der Niederbayern-CSU, Manfred Weber, nannte den Beschluss des Kabinetts ein gutes Ergebnis und einen Erfolg für die Menschen in Niederbayern. „Endlich werden die drängenden Probleme Hochwasserschutz und Verkehrsbelastung angepackt.“ Mit dem Kompromiss gebe es zudem „die große Chance für gesellschaftlichen Konsens und Frieden in Niederbayern“. Es sei gut, dass über die umstrittenen letzten 15 Kilometer noch keine Entscheidung getroffen worden sei. „Dies soll den nächsten Generationen angesichts künftiger Herausforderungen überlassen bleiben“, erklärte der CSU-Politiker.

Umweltverbände nannten den Kabinettsbeschluss „den ersten Schritt in die richtige Richtung zum Schutz der frei fließenden Donau“. Damit würden endlich die richtigen Prioritäten gesetzt - und der Fokus auf den Hochwasserschutz gelegt, erklärte eine Allianz von Bund Naturschutz, Landesfischereiverband, Landesbund für Vogelschutz, Bürgerforum Umwelt und der Bürgeraktion „Rettet die Donau“. Allerdings könne man erst dann tatsächlich von einem großen Erfolg sprechen, wenn die Staustufenpläne endgültig vom Tisch seien.

### Kritik von den Grünen

Der niederbayerische Grünen-Landtagsabgeordnete Eike Hallitzky reagierte mit Kopfschütteln auf den Kabinettsbeschluss. „Weshalb keine Entscheidung für den gesamten Streckenabschnitt, weshalb wieder ein Hintertürchen?“, fragte er. Der sanfte Ausbau nach Variante A hätte nach Ansicht Hallitzkys gleich für die kompletten 69 Kilometer beschlossen werden können und müssen, um den Bürgern in Niederbayern nach jahrzehntelanger Unsicherheit Gewissheit zu verschaffen.

Reinhold Perlak (SPD) begrüßte die Kabinettsentscheidung, spottete aber über die „180-Grad-Wende“ der CSU. „Es ist erstaunlich, dass die Entscheidungsträger volle drei Jahrzehnte brauchen, bis sie zu der Erkenntnis kommen, die wir

gemeinsam mit allen naturschutzrelevanten Verbänden längst vertreten haben", erklärte der SPD-Parlamentarier. Und Freie-Wähler-Fraktionschef Hubert Aiwanger sagte: „Kurz vor der Wahl wird die CSU katholisch. Jahrelang wurde der Hochwasserschutz schuldhaft verzögert, weil die Staatsregierung behauptet hat, ohne Staustufe gäbe es keinen Hochwasserschutz. Jetzt also doch.“ (dpa)

---

**URL:** <http://www.mittelbayerische.de/index.cfm?pid=10008&lid=0&cid=0&tid=0&pk=886016>

Niederbayern

# Beschlossen: Jetzt kommt der Donauausbau light

dapd, 27.02.2013 15:38 Uhr



Zwischen Straubing und Vilshofen werde es in seiner Amtszeit weder eine Staustufe noch einen Stichkanal geben, erklärte Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) nach dem Kabinettsbeschluss am Mittwoch. Foto: dpa

**Die Staatsregierung hat nach jahrelangen Debatten über den Donauausbau in Niederbayern eine Entscheidung getroffen: Die sanfte Ausbauvariante wird umgesetzt.**

**München** - Jetzt ist es offiziell: Die Donau in Niederbayern wird auf sanfte Art ausgebaut. Das entschied die Staatsregierung nach jahrelangen Debatten. In seiner Amtszeit werde es demnach zwischen Straubing und Vilshofen weder eine Staustufe noch einen Stichkanal geben, erklärte Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) nach dem Kabinettsbeschluss am Mittwoch. Entlang des 69 Kilometer langen Flussabschnitts wird zudem der Hochwasserschutz vorangetrieben. Der Freistaat stellt dafür 385 Millionen Euro zur Verfügung.

Die sanfte Ausbauvariante A sieht lediglich leichte flussbauliche Maßnahmen vor, damit künftig Binnenschiffe häufiger bei niedrigerem Wasserstand auf der Donau fahren können. Die schwarz-gelbe Koalition hatte sich nach zähem Ringen auf diese Lösung verständigt. Die CSU Niederbayern warb bis zuletzt für die 320 Millionen Euro teure Ausbauvariante C280, die zwischen der Isarmündung und der Mühlhamer Schleife neben einer Staustufe auch einen Stichkanal vorsah.

Der Staatsregierung zufolge wird der gemäßigte Ausbau der Schifffahrt und dem Naturschutz gleichermaßen gerecht. Zum einen bleibe die einmalige Artenvielfalt



der Region erhalten, zum anderen werde diese als wirtschaftlicher Standort gestärkt, sagte Umweltminister Marcel Huber (CSU). Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) fügte hinzu, dass die Variante A von der Bevölkerung präferiert werde.

Mit rund 100 Millionen Euro soll noch in diesem Jahr der Hochwasserschutz verbessert werden, vor allem in den besonders gefährdeten Bereichen bei Niederalteich und Mariaposching. Die Baumaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung werden gut 578 Millionen Euro kosten. Der Freistaat übernimmt rund zwei Drittel der Summe, den Rest soll der Bund beisteuern. Zwischen Bayern und dem Bund soll zudem ein Gesamtkonzept zur Verkehrsentwicklung auf der Achse Regensburg-Passau abgestimmt werden.

Die Entscheidung des Kabinetts ist auch ein Erfolg für Bürgerinitiativen und Naturschützer, die jahrzehntelang für den Erhalt der frei fließenden Donau gekämpft hatten. Auch die bayerische Opposition hatte die sanfte Lösung favorisiert. Der SPD-Abgeordnete Reinhold Perlak sagte: „Es ist erstaunlich, dass die Entscheidungsträger volle drei Jahrzehnte brauchen, bis sie zu der Erkenntnis kommen, die wir gemeinsam mit allen naturschutzrelevanten Verbänden längst vertreten haben.“

Die Grünen rügten, das Kabinett habe ein Hintertürchen offengelassen, indem der Beschluss an die Amtszeit Seehofers gebunden worden sei. Nach jahrzehntelanger Unsicherheit bräuchten die niederbayerischen Bürgern endlich dauerhaft Gewissheit, sagte der Abgeordnete Eike Hallitzky.

Freie Wähler-Fraktionschef Hubert Aiwanger spottete: „Kurz vor der Wahl wird die CSU katholisch.“ Jahrelang sei der Hochwasserschutz „schuldhaft verzögert“ worden, weil die Staatsregierung behauptet habe, ohne Staustufe sei dies unmöglich. Jetzt funktioniere es auf einmal doch.

Weitere Inhalte zu [donauausbau] bei BR.de

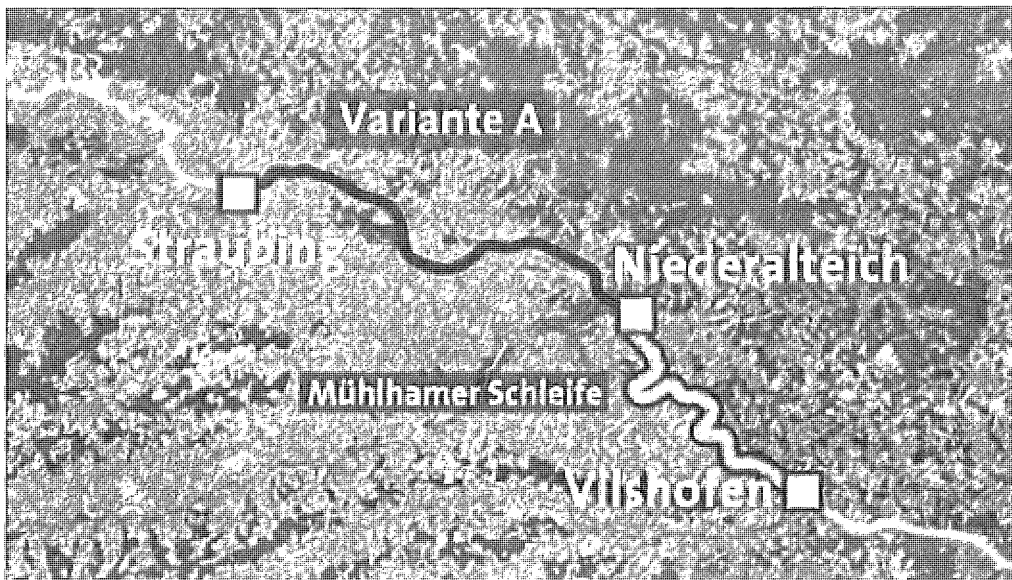
Ihr Standort: BR.de Nachrichten Niederbayern Donauausbau

## Donauausbau

# Kabinett beschließt sanfte Variante

Die Donau wird in Niederbayern gemäß der sanften Variante A ausgebaut. Das wurde am Mittwoch (27.02.) beschlossen. In dem Flussabschnitt zwischen Straubing und Vilshofen wird es weder eine Staustufe noch einen Stichkanal geben.

Stand: 27.02.2013



**Beschluss Ministerrat:  
Donauausbau Variante A**

Auf dem gesamten Flussabschnitt soll zunächst der Hochwasserschutz vorangetrieben werden, und zwar sehr schnell, wie Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) und Umweltminister Marcel Huber (CSU) nach der Kabinettsitzung in München mitteilten. 54 Kilometer der Donau werden sanft ausgebaut. Diese Variante A sieht lediglich leichte flussbauliche Maßnahmen vor, damit künftig Binnenschiffe auch bei niedrigerem Wasserstand auf der Donau fahren können. Auf der weiteren Strecke von 15 Kilometern wird es auf absehbare Zeit keine Staustufe geben.

"Eines ist klar: In meiner Amtszeit wird es keine Staustufe, keinen Stichkanal und keine Verfahren dazu geben."

Ministerpräsident Horst Seehofer

Der niederbayerische CSU-Chef Manfred Weber hat die Kabinetts-Entscheidung zum Donauausbau begrüßt. Sie sei ein gutes Ergebnis und ein Erfolg für die Menschen in Niederbayern.

## Hochwasserschutz endlich angepackt

Endlich würden die drängenden Probleme Hochwasserschutz und Verkehrsbelastung angepackt, so Weber. Wichtig sei dabei vor allem, dass bereits kommendes Jahr 100 Millionen Euro für den Hochwasserschutz zur Verfügung stehen. Nun müssten die Bagger schnell rollen, damit es für die Menschen entlang der Donau im Falle eines Hochwassers kein böses Erwachen gebe.

## Wunsch nach dauerhafter Gewissheit

Der Passauer Landtagsabgeordnete der Grünen, Eike Hallitzky, fordert dagegen dauerhafte Gewissheit: "Weshalb keine Entscheidung für den gesamten Streckenabschnitt, weshalb wieder ein Hintertürchen?", fragt er nach dem Kabinettsbeschluss. Der sanfte Ausbau hätte nach Ansicht Hallitzkys für die kompletten 69 Kilometer beschlossen werden können und müssen.

"Aus ökologischer Sicht spielt die frei fließende Donau in der Championsleague, aus verkehrstechnischer Sicht aber selbst bei maximalem Ausbau allenfalls in der Bezirksliga."

Eike Hallitzky, Landtagsabgeordneter der Grünen

## Diese Varianten standen zur Diskussion:



Der derzeitige Verlauf der Donau an der Mühldorfer Schleife

1 von 3

1 von 3

27.02.2013 19:02 Uhr, Bayern

## STAATSREGIERUNG BESCHLIESST SANFTEN DONAU-AUSBAU

Das bayerische Kabinett hat am Mittwoch nach jahrelangem Streit beschlossen, auf absehbare Zeit auf Staustufen im ökologisch wertvollen Donau-Abschnitt zwischen Straubing und Vilshofen zu verzichten. „Eines ist klar: In meiner Amtszeit wird es keine Staustufe, keinen Stichkanal und keine Verfahren dazu geben“, sagte Ministerpräsident Horst Seehofer laut offiziellem Kabinettsbericht.

Das bayerische Kabinett hat am Mittwoch nach jahrelangem Streit beschlossen, auf absehbare Zeit auf Staustufen im ökologisch wertvollen Donau-Abschnitt zwischen Straubing und Vilshofen zu verzichten. „Eines ist klar: In meiner Amtszeit wird es keine Staustufe, keinen Stichkanal und keine Verfahren dazu geben“, sagte Ministerpräsident Horst Seehofer laut offiziellem Kabinettsbericht.

Die CSU hatte über viele Jahre einen massiven Donauausbau befürwortet. Nach anhaltendem Widerstand auch in der Bevölkerung hatte Seehofer im Dezember einen Kurswechsel eingeleitet. Laut Staatsregierung wollten laut einer neuen Meinungsumfrage knapp zwei Drittel der Befragten die „sanfte“ Ausbauvariante ohne Staustufen. Nur 14 Prozent unterstützten den Vollausbau.

### 578 Millionen Euro Kosten

Nun soll auf dem gesamten 69 Kilometer langen Flussabschnitt zunächst der Hochwasserschutz verbessert werden. Laut Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) rechnet die Staatsregierung mit Gesamtkosten von rund 578 Millionen Euro. Der Freistaat will davon zwei Drittel, also gut 385 Millionen Euro tragen. Das fehlende Drittel soll der Bund beisteuern. Entsprechende Verhandlungen könnten in Kürze beginnen, so Zeil.

Auf 54 Kilometern soll zudem die Schifffbarkeit der Donau mit umweltverträglichen Maßnahmen verbessert werden. Für den besonders heiklen rund 15 Kilometer langen Abschnitt zwischen der Isar-Mündung und der „Mühlhammer Schleife“ gibt es dagegen noch keine endgültige Ausbaufestlegung. Umweltminister Marcel Huber (CSU) wies den Vorwurf eines „Hintertürchens“ aber zurück: Zwar sei der Donauausbau wie jede Regierungsentscheidung von künftigen Regierungen im Grundsatz revidierbar. Der nun zeitnah beginnende sanfte Ausbau stelle jedoch ganz klar die Weichen „für einen umweltverträglichen Donauausbau im gesamtgesellschaftlichen Konsens“, so Huber.

Genau deshalb hätte der sanfte Ausbau sofort für die gesamte Strecke beschlossen werden müssen, „um nach jahrzehntelanger Unsicherheit endlich dauerhaft Gewissheit zu schaffen“, kritisierte der niederbayerische Grünen-Abgeordnete Eike Hallitzky. Zudem müsse der Ausbau nun „ökologisch optimiert“ werden – etwa durch Anbindung von Seitengewässern oder die Rückverlegung von Deichen. Damit könne sowohl die Auenlandschaft aufgewertet, als auch der Hochwasserschutz verbessert werden, glaubt der Grüne.

### „CSU wird katholisch“

Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger kritisierte dagegen noch einmal das jahrelange Festhalten der CSU an einer großen Ausbaulösung: „Kurz vor der Wahl wird die CSU katholisch“, schimpfte der Niederbayer: „Jahrelang wurde der Hochwasserschutz schuldhaft verzögert, weil die Staatsregierung behauptet hat, ohne Staustufe gäbe es keinen Hochwasserschutz.“ Auch der SPD-Abgeordnete Reinhold Perlak attackierte die CSU: Diese habe bis vor kurzem die Ausbaueegner noch verlacht, jetzt tue sie so, „als wäre der naturnahe Ausbau immer schon ihre Forderung gewesen“.

CSU-Umweltminister Huber kündigte derweil an, den nun beschlossenen Ausbau schnell vorantreiben zu wollen. Der erste Spatenstich soll offenbar noch vor der Landtagswahl erfolgen. 2014 stehe dann schon ein „Startpaket“ mit hundert Millionen Euro zur Verfügung: „Wir wollen schnell anfangen und das Projekt schnell abwickeln“, sagte der Umweltminister. Bereits in zwölf Jahren könnten die umfangreichen Arbeiten abgeschlossen sein.

Quelle: mainpost.de

Autor: Von unserem Korrespondenten Henry Stern

Artikel: <http://www.mainpost.de/regional/bayern/Staatsregierung-beschliesst-sanften-Donauausbau;art16683,7325429>

Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung

## Die richtige Entscheidung

**Sanfter Donauausbau** *Von Henry Stern*

 Empfehlen

 Tweet

 +



Nach oft quälender Debatte ist der Streit um die Zukunft der Donau endlich beendet. Das Kabinett hat mit seinem Beschluss für einen sanften Ausbau die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Zwar kann man das Argument der Befürworter eines Maximalausbaus, eine

besser schiffbare Donau könne viel Schwerverkehr von der Straße holen, nicht leicht vom Tisch wischen. In der Abwägung von Wirtschaftlichkeit und Ökologie hat sich dieser Vorteil in weiten Teilen der Bevölkerung nie durchsetzen können. Zu kostbar ist die naturnahe Flusslandschaft, die durch Staustufen zerstört worden wäre.

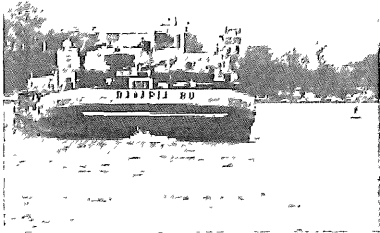
Die Kehrtwende, die CSU-Ministerpräsident Horst Seehofer seiner Partei verordnete, war deshalb wohl nicht nur aus wahltaktischen Gründen unvermeidlich: Gegen den breiten Widerstand der Bevölkerung lassen sich solche Mammutprojekte nicht mehr durchsetzen.

Vor allem in der niederbayerischen CSU dürfte der abrupte Kurswechsel Nachwirkungen haben: Zwar trägt der Bezirksverband die Entscheidung nach außen erstaunlich ruhig mit. Viele führende CSU-Funktionäre, die jahrelang für den vollen Donauausbau gekämpft haben, fühlen sich aber von Seehofer im Stich gelassen.

»Lesen Sie dazu den Artikel „Sanfter Donauausbau ist beschlossen“.

Jetzt bestellen! Das neue iPad inkl. e-Paper.

## Keine Donau-Staustufe, solange Seehofer regiert



Der Streit um den Ausbau der Donau ist beigelegt.  
(Foto. dapd)

Von Michael Lehner

**MÜNCHEN** Der Streit um den Ausbau der Donau ist beigelegt, zumindest für die nächsten Jahre: Am Dienstag hat das Kabinett beschlossen, dass es den „sanften Ausbau“ und umfassenden Hochwasserschutz für die Anlieger-Gemeinden geben wird. Die Entscheidung über die umstrittene Staustufe und einen Stichkanal hat der Ministerrat auf Jahre vertagt – und offengelassen.

Der Schlüsselsatz kam aus Rom, von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), der in der Heiligen Stadt an den Abschiedsfeiern für Papst Benedikt XVI. teilnahm: „Eines ist klar: In meiner Amtszeit wird es keine Staustufe, keinen Stichkanal und keine Verfahren dazu geben.“ Damit setzt Seehofer einen vorläufigen Schlusspunkt unter einen Streit, der auch in der CSU für tiefe Gräben sorgte.

Während Grüne, SPD und Naturschutzverbände gestern prompt darauf hingewiesen haben, dass sich die Staatsregierung damit ein Hintertürchen offenhält, interpretierte auch die Niederbayern-CSU den Beschluss in diesem Sinne: „Es ist gut, dass über die Mühlhamer Schleife keine Entscheidung getroffen wurde. Dies soll den nächsten Generationen angesichts künftiger Herausforderungen überlassen bleiben,“ erklärte der niederbayerische CSU-Bezirkschef Manfred Weber, der bisher energisch für die Staustufen-Variante eingetreten war.

### FDP reklamiert Urheberchaft

Auch klar: Die FDP, die in der Regierungskoalition schon immer auf den sanften Ausbau drängte, ist mit dem Kompromiss nur bedingt zufrieden. Während sich die Landtags-Liberalen zurückhielten, erklärte der FDP-Bundestagsabgeordnete Horst Meierhofer, dass „die Angst der CSU, das letzte Stück der Mühlhamer Schleife mitzuplanen, eine durchgehende Lösung verhindert hat.“



FDP-Wirtschaftsminister Martin Zeil umschiffte den Streitpunkt: „Für die unstrittigen 54 Kilometer wird jetzt der flussbauliche Ausbau nach der sanften Variante in Angriff genommen. Für den Abschnitt zwischen der Isarmündung und der Mühlhamer Schleife wird keine Staustufe und kein Stichkanal gebaut.“ Dies gilt zumindest, solange Seehofer im Amt ist.

Als „Architekt“ der Kompromisslösung gilt CSU-Umweltminister Marcel Huber. Er propagierte den sanften Ausbau, für den sein Vorgänger Markus Söder noch von einem CSU-Landesparteitag heftig abgestraft wurde: „Mit dem heutigen Tag erhalten die Niederbayern Klarheit über die Zukunft ihrer Donau. ... So bleibt zum einen die einmalige Artenvielfalt der Region erhalten, zum anderen wird sie als wirtschaftlicher Standort gestärkt.“

Huber und das übrige Kabinett setzen darauf, dass der fast 600 Millionen teure Hochwasserschutz den CSU-Streit in Niederbayern befrieden wird. „Der Schutz vor Hochwasser gehört zu den drängenden Fragen der Menschen vor Ort“, sagte der Umweltminister: „Wir können jetzt die notwendigen Maßnahmen ergreifen und schnell umsetzen.“

### Viel Geld gespart

Jetzt muss die Staatsregierung aber noch sicherstellen, dass Zuschüsse der EU auch für den sanften Ausbau fließen. Daran hatte es Zweifel auch aus der CSU gegeben, etwa von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer. Sicher ist aber, dass auch der Bund Geld spart, weil die teure Staustufe und der Stichkanal vorerst wegfallen. Nun verteilen sich die geschätzten Kosten mit 385 Millionen Euro auf Bayern und rund 190 Millionen

Euro auf den Bund.

Spott kommt von den Freien Wählern. Ihr Vorsitzender Hubert Aiwanger kommentiert den Beschluss: „Kurz vor der Wahl wird die CSU katholisch. Jahrelang wurde der Hochwasserschutz schuldhaft verzögert, weil die Staatsregierung behauptet hat, ohne Staustufe gäbe es keinen Hochwasserschutz. Jetzt also doch“

(Aktualisiert: 27.02.2013 23:16)

[http://www.schwaebische.de/region/wir-im-sueden/bayern\\_artikel,-Keine-Donau-Staustufe-solange-Seehofer-regiert-\\_arid,5400520.html](http://www.schwaebische.de/region/wir-im-sueden/bayern_artikel,-Keine-Donau-Staustufe-solange-Seehofer-regiert-_arid,5400520.html)

# Reaktoren und Spezialapparate für ganze Welt

## Landrat besuchte MAN Diesel & Turbo – „Wertvoller Botschafter für die Region“

**Deggendorf. (da)** Zum Auftakt der Firmenbesuche 2013 war Landrat Christian Bernreiter zu Gast bei einem echten Globalplayer. MAN Diesel & Turbo in der Deggendorfer Werftstraße ist international ein Begriff für apparative und prozessrelevante Lösungen für die chemische Industrie, Raffinerieanlagen und physikalisch-wissenschaftliche Forschungsanlagen.

Mit seiner fast 60-jährigen Erfahrung errichtete es weltweit inzwischen 700 Reaktoren und Spezialapparate. „Der Deggendorfer Standort ist renommiert und kann auch bereits für 2013 eine überdurchschnittliche Auslastung und gute Erfolgszahlen vorweisen“, berichtet Werkleiter Dr. Josef Dachs. Das früher unter Deggendorfer Werft bekannte Unternehmen sieht seine besondere Stärke in der Ferti-

gung von Einzelstücken und Spezialteilen. Aktuell sind 24 Reaktoren im Bau mit einem Durchmesser von bis zu zehn Metern. Dachs verweist auf die Investitionen in den letzten Jahren, wie das erweiterte Forschungs-Labor und die vergrößerten Produktionshallen.

Landrat Bernreiter sieht in dem Betrieb einen „gefragten Arbeitgeber für 450 hoch qualifizierte Mitarbeiter und ein Unternehmen, das durch die weltweiten Aufträge ein wertvoller Botschafter für die Region ist“. „Darüber sind wir froh und stolz“, so der Landkreischef.

Zur Sprache kam zwischen den beiden Chefs auch die Bedeutung der Wasserstraße Donau, die für MAN Diesel & Turbo eine entscheidende Transportfunktion erfüllt. So sei ein Reaktor mit einem Durchmesser von zehn Metern für ein Institut in Karlsruhe über die Donau



Dr. Josef Dachs und Landrat Christian Bernreiter (l.). (Foto: da)

ins Schwarze Meer und weiter über das Mittelmeer und Rotterdam angeliefert worden.

### Jobbörse an der HDU

Begleitet wurde Bernreiter von Regionalmanager Herbert Altmann, nachdem der zuständige Wirtschaftsreferent Maximilian Ertl längerfristig erkrankt ist. Altmann verwies auf das Leistungsspektrum des Regionalmanagements und erläuterte die aktuellen Projekte. „Eine vielversprechende Plattform zur Firmenpräsentation bei potenziellen Nachwuchskräften ist die Jobbörse 2013 der HDU“, weiß Altmann. Er zeigte sich erfreut, dass sich das Vorzeigeunternehmen am Projekt des Regionalmanagements beteiligt, das die Firmen am 23. April bei der Jobbörse unter einem Dach präsentieren wird.





# Bayerische Staatskanzlei

## Pressemitteilung

«Empfängerhinweis»

Nr: 72

---

München, 27. Februar 2013

### Bericht aus der Kabinettsitzung:

- 1. Bayerisches Kabinett trifft Entscheidung für Donauausbau und Hochwasserschutz / Ministerpräsident Seehofer, Verkehrsminister Zeil und Umweltminister Huber: „Die rasche Umsetzung des Hochwasserschutzes schafft Sicherheit für Anwohner / Sanfter Donauausbau wird Schifffahrt und Naturschutz gleichermaßen gerecht.“ (Seite 2)**
- 2. Planfeststellungsbeschluss für die Neufahrner Kurve liegt vor / Verkehrsminister Zeil: „Realisierungs- und Finanzierungsvertrag zwischen Freistaat Bayern und Deutscher Bahn ist unterschriftsreif“ (Seite 4)**
- 3. Bayern bringt Entschließungsantrag zum Wohngeld im Bundesrat ein / Innenstaatssekretär Eck: „Bundesregierung soll umgehend Gesetzentwurf zur Wohngelderhöhung um mindestens zehn Prozent vorlegen“ (Seite 5)**
- 4. Kabinett verabschiedet Verordnungsermächtigung für Kommunen zur Bekämpfung von Alkoholexzessen in der Öffentlichkeit / Innenstaatssekretär Eck: „Neue Verordnungsermächtigung soll Gemeinden Kampf gegen Alkoholexzesse erleichtern“ (Seite 7)**

./.

**1. Bayerisches Kabinett trifft Entscheidung für Donauausbau und Hochwasserschutz / Ministerpräsident Seehofer, Verkehrsminister Zeil und Umweltminister Huber: „Die rasche Umsetzung des Hochwasserschutzes schafft Sicherheit für Anwohner / Sanfter Donauausbau wird Schifffahrt und Naturschutz gleichermaßen gerecht.“**

Der Ministerrat hat sich heute mit den Ergebnissen der EU-Studie zum Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen befasst.

Ministerpräsident Horst Seehofer und Verkehrsminister Martin Zeil begrüßten ausdrücklich, dass der Hochwasserschutz nun auf der Gesamtstrecke entsprechend der Variante A erfolgt. Ministerpräsident Seehofer betonte hierzu: „Eines ist klar: In meiner Amtszeit wird es keine Staustufe, keinen Stichkanal und keine Verfahren dazu geben.“

Zeil: „Für die unstrittigen 54 Kilometer wird jetzt der flussbauliche Ausbau nach der sanften Variante A in Angriff genommen. Für den Abschnitt zwischen der Isarmündung und der Mühlhamer Schleife wird keine Staustufe und kein Stichkanal gebaut.“

Umweltminister Dr. Marcel Huber unterstrich zudem die große Bedeutung der Ministerratsentscheidung aus ökologischer Sicht: „Mit dem heutigen Tag erhalten die Niederbayern Klarheit über die Zukunft ihrer Donau. Jetzt ist der Weg frei für einen umweltverträglichen Donauausbau im gesamtgesellschaftlichen Konsens. So bleibt zum einen die einmalige Artenvielfalt der Region erhalten, zum anderen wird sie als wirtschaftlicher Standort gestärkt.“ Huber betonte weiter, dass jetzt der Startschuss für die noch erforderlichen Hochwasserschutzmaßnahmen möglich sei. „Der Schutz vor Hochwasser gehört zu den drängenden Fragen der Menschen vor Ort. Wir können jetzt die notwendigen Maßnahmen ergreifen und schnell umsetzen.“

Insgesamt stehen Baumaßnahmen von rund 578 Millionen Euro für den Hochwasserschutz an der niederbayerischen Donau zwischen Straubing und Vilshofen an. Der Freistaat stellt dafür insgesamt 385 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind zwei Drittel der Gesamtkosten und entspricht der bisherigen Kostenaufteilung mit dem Bund. Bereits in den vergangenen Jahren wurden Hochwasserschutzmaßnahmen mit einem finanziellen Umfang von rund 120 Millionen Euro realisiert.

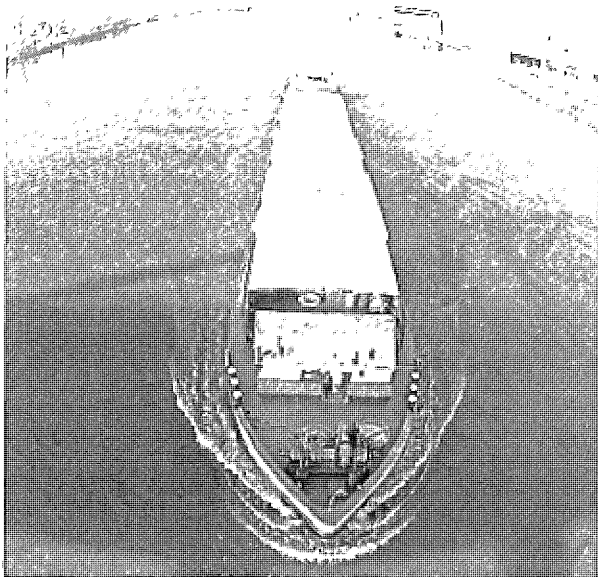
Zeil und Huber betonten, dass für die gesamte Strecke von 69 Kilometern Länge ein umfassendes Hochwasserschutz-Konzept nach der Variante A erstellt werden soll. Umweltminister und Verkehrsminister erklärten, dass bereits 2013 mit dem Bau der Maßnahmen begonnen werde: „Vor allem die besonders gefährdeten Bereiche bei Niederalteich und Mariaposching wollen wir schnell angehen, sobald dort die erforderlichen Grundstücke zur Verfügung stehen und Baurecht besteht. Dafür schnüren wir ein Startpaket über 100 Millionen Euro.“

Zeil fügte hinzu: „Vor dem Hintergrund der langjährigen öffentlichen Auseinandersetzung um den Donauausbau ist bei der Entscheidung über die Ausbauvariante die Akzeptanz in der Bevölkerung entscheidend. Wir kommen hier schneller ans Ziel, wenn wir die Menschen bei einem Projekt dieser Tragweite mitnehmen.“

Außerdem soll das Bayerische Verkehrsministerium unter Beteiligung des Bayerischen Innenministeriums mit dem Bund im Rahmen der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP 2015) in 2014 ein Gesamtkonzept zur Verkehrsentwicklung auf der Achse Regensburg-Passau abstimmen, das insbesondere die Bundesautobahn A3 und die Bundesstraße B20 sowie das Schienennetz beinhaltet.

## Donau-Ausbau ist Thema im Kabinett

**Das bayerische Kabinett will am Mittwoch zu einem abschließenden Votum zum Donau-Ausbau kommen. Es soll nun doch keine Staustufe gebaut werden.**



**Zwischen Straubing und Vilshofen will die Staatsregierung auf absehbare Zeit keine Staustufe bauen lassen. Foto: dpa**

München. Zentrales Thema in der Kabinettsitzung heute (Mittwoch/9.15) in München ist die abschließende Festlegung zum Donau-Ausbau zwischen Straubing und Vilshofen. Nach jahrelangen Debatten und heftigen Protesten von Naturschützern soll dort nun doch keine Staustufe gebaut werden, wie CSU und FDP bereits vor einem Monat im Koalitionsausschuss vereinbart hatten. Die nach früherer Planung vorgesehene Staustufe sollte den Wasserstand erhöhen und so die Bedingungen für die Schifffahrt verbessern. Mit dem Verzicht auf die Staustufe soll zugleich auch der Hochwasserschutz an dem rund 70 Kilometer langen Flussabschnitt zwischen Straubing und Vilshofen nach der sogenannten sanften Variante A verwirklicht werden. Bund Naturschutz und Landesbund für Vogelschutz wollen am Nachmittag in München den Kabinettsbeschluss kritisch unter die Lupe nehmen. (dpa)

## Bäume und Deiche vertragen sich nicht

Warum entlang der Donau derzeit Gehölze und Sträucher weichen müssen

Straubing/Regensburg. Entlang vieler Dammschnitte an der Donau haben in letzter Zeit Bäume und Straucher weichen müssen. Spaziergänger und Anwohner sprechen zum Teil von einem „massiven Eingriff in die Natur“ oder können nicht verstehen, warum die „schönen Bäume“ gefällt werden. Veranlasst wurden die Gehölzarbeiten von verschiedenen Behörden, aus unterschiedlichen Anlässen. In einem sind sich jedoch alle einig: Soll Hochwasserschutz garantiert werden, haben Bäume auf Deichen und Dammen nichts verloren.

Vor wenigen Tagen ist ein Spaziergänger am Donauradweg zwischen Pfelling und Waltendorf (Kreis Straubing-Bogen) auf mehrere Stapel abgeholzter Baumstämme gestoßen. „Die haben da eine ganze Baumreihe niedergemacht, ich hab die aufgestapelten Stämme schon von Weitem gesehen“, erzählt der Mann. Er findet es „schade“, dass die Bäume, die seiner Meinung nach noch gesund seien, so massiv beseitigt werden. Vor allem weil niemand wisse, warum. „Wenn das so weitergeht, wird unsere Gegend langsam kahl.“

Irene Denk, Sachgebietsleiterin der Abteilung Umwelt- und Naturschutz am Landratsamt Straubing-Bogen bestätigt: „Ja, das stimmt. Am Donauradweg bei Pfelling sind 56 Hybridpappeln gefällt worden.“ Auftraggeber war das Wasserwirtschaftsamt in Deggendorf.

### Umstürzende Bäume reißen Loch in den Damm

Es handle sich dabei um ganz normale Arbeiten, die im Prinzip jedes Jahr anstünden, sagt Michael Kuhlberger, Leiter des Wasserwirtschaftsamtes. „Die Bäume sind mittlerweile einfach zu groß geworden und gefährden zum einen den Straßenverkehr, zum anderen vertragen sie sich nicht mit der Deichsicherheit.“ Generell hatten Bäume auf Deichen nichts verloren. „Stürzen sie um, reißen sie ein Loch in den Damm“, so Kuhlberger. Im Frühjahr werde dort aber mit anderen Pflanzen für Ausgleich gesorgt. Ähnliches, nur in größerem Ausmaß, hat sich Anfang des Jahres in einem Naherholungsgebiet der Stadt Regensburg an der Donau zgetragen. Dort hat das Wasser- und Schiffsamt in Regensburg bisher rund 100 Bäume fallen lassen. bei Naturschützern und Anwohnern regte sich, wie bereits in einem Teil



So sah es vor wenigen Wochen am Donauradweg zwischen Pfelling und Waltendorf aus. 56 Hybridpappeln wurden dort gefällt. (Foto: privat)

der Auflage berichtet, Widerstand. Rolf Diesler, Leiter des Wasser- und Schiffsamtes, hatte dazu erklärt, dass die Arbeiten an den Dammen dringend nötig gewesen seien, um weiterhin Hochwasserschutz zu garantieren.

### Dichte Grasnarbe ist besser als Baumbewuchs

Aufgrund eines neuen Gutachtens zur Standsicherheit der Dämme habe sich nämlich gezeigt, dass eine dichte Grasnarbe auf Dammen besser sei als Baumbewuchs. Früher habe man angenommen, dass die Wurzeln von Bäumen auf Dammen stabilisierend wirken. Diesler zufolge habe das neue Gutachten jedoch gezeigt, dass verrottende Baumwurzeln zu Hohlräumen und dadurch zu Sickerwegen führen können. Stürzen große Bäume laut Gutachten bei Stürmen um, könnten sie ei-

nen Krater in den Damm reißen. „Im schlimmsten Fall bricht der Damm dann.“ Das bestätigt auch Ingrid Warm von der Projektgruppe Dammnachsorge der Bayerischen Wasser- und Schiffsverkehrsverwaltung, die die Dämme an der Donau, dem Main-Donau-Kanal und dem Main überprüft. Straucher und einzeln kleinere Bäume werden nun auch am Donauseitendamm zwischen Straubing und Laberleiter in Straubing entfernt. „Allerdings kann man diese Maßnahme auf gar keinen Fall mit der in Regensburg

vergleichen“, so Warm. In ein oder zwei Jahren sollen einzelne Dammschnitte in der Staustufe Kachlet bei Passau verbreitert und erhöht werden, informiert Warm. Auch in diesem Abschnitt müsse dann Bewuchs entfernt werden. Wie diese Maßnahme ausfalle, sei jedoch noch nicht klar.

Für die bereits betroffenen Stellen soll spätestens Anfang März ein Pflanzkonzept erstellt werden. Schattenspendende Bäume wird es aus genannten Gründen aber nicht mehr geben. –fis-

# Ein Blütenfeuerwerk zur Gartenschau

Infoabend zum Pflanzkonzept im Alten Rathaus interessiert die Deggendorfer



Das Interesse der Deggendorfer war groß: Das Alte Rathaus war voll besetzt.

– Fotos: Kristina Pöschl

**Deggendorf.** Sonnenhut, Storchschnabel und Prachtscharte: Diese klingenden Blumennamen machen neugierig auf die Donaугartenschau. Franziska Holmer, zuständig für die gärtnerischen Ausstellungen bei der Gartenschau, stellte am Montagabend im Alten Rathaus das Pflanzkonzept vor. Das Interesse war groß: Etwa 80 Deggendorfer wollten mehr darüber erfahren.

„Die Gartenschau ist ein Event, das seinesgleichen suchen wird“, meinte Oberbürgermeister Christian Moser bei der Begrüßung. „Sie wird Deggendorf in den nächsten Jahren und Jahrzehnten positiv gestalten.“ Bei mehreren Infoabenden sollen den Bürgern die Planungen und Veränderungen am Gartenschau-Gelände nähergebracht werden. In gut einem Jahr

gibt es dann das Ergebnis zu bestaunen: Am 25. April 2014 öffnet die Landesgartenschau.

Diplom-Landschaftsbauerin Franziska Holmer hat bereits bei den Schauen in Koblenz und Bamberg mitgearbeitet, für sie ist es ein Glücksfall, dass die Landesgartenschau nun in ihre Heimatstadt Deggendorf kommt. Sie ging bei einer Präsentation die einzelnen Bereiche der Schau durch. „Im Stadtpark wird der Bestand neu aufgewertet“, erläuterte die Landschaftsbauerin. An den Wegen entlang werden Wechselflorbeete angelegt. Sie führen in den Regenbogenfarben von Gelb über Rot zu Blau von der Stadt hin zur Donau. Die Farbübergänge sollen in den Beeten fließend sein und so dem Donau-Motto der Landesgartenschau entsprechen. Die Stadthalle

2 wird zur Blumenhalle: Dort gibt es 14 wechselnde Blumenschauen zu verschiedenen Themen zu erkunden. Da der Donaupark am Flussufer Überschwemmungsgebiet ist, wird hier kein Wechselflor angelegt, sondern es werden temporäre Pflanzungen durchgeführt.

Die Ackerloh wird der Haupteingangsbereich der Schau. Schon außerhalb des Geländes werden die Besucher mit gelben Beeten begrüßt. „Die Gartenschau soll auch nach außen gehen, die ganze Stadt wird blühen!“ Im Eingangsbereich sind streifenförmig Wechselflorbeete angelegt, jeder Streifen in einer anderen Farbe. Passend zu den Infoständen und Pavillons des Gärtnermarktes in diesem Bereich sollen auch Heilkräuter oder schmückende Gemüsepflanzen angelegt werden.

Richtig knallen wird es auf den Deichgärten auf der Tiefgarage, hier sollen die Blütenfarben explodieren. Die Blütenwellen mit unterschiedlich hohen Wechselflor und Stauden gehen ineinander über und symbolisieren so das Wechselbild Bayerischer Wald und Donau.

Überquert man die Fußgängerbrücke, gelangt man zu den Fischergärten. Hier befinden sich verschiedene Themengärten, zum Beispiel ein Schmetterlingsgarten, ein Gräbergarten und Baumschulen. Deiche und Zillen sind mit Wechselflor bepflanzt, zudem ziert eine Gräserwelle die Fischergärten. Der Betongarten beweist, dass dieses Baumaterial nicht einfach langweilig grau sein muss.

„Zur Eröffnung der Schau sollen die Tulpen in voller Blüte stehen“ –

ob dies tatsächlich termingerecht passiert, ist natürlich witterungsabhängig. Im Mai/Juni werden die Wechselflorbeete dann abgeräumt und für den Sommer neu bepflanzt. 200 Sorten Sommerblumen gibt es dann zu bestaunen. Für die Bepflanzung sind verschiedene Gartenbaugruppen aus Deggendorf, aber auch aus Straubing, Passau oder Pfarrkirchen zuständig.

Nach den Erläuterungen von Franziska Holmer geleitete Landesgartenschau-Geschäftsführerin Ingrid Rott-Schöwel noch einmal durch das Gelände und führte einige Highlights auf: So wird jeder Besucher am Eingang an der Ackerloh mit einem Schluck Waldwasser begrüßt. Im ganzen Gelände sind Waldwasserbrunnen verteilt, für Erfrischung sorgt auch ein Unterarm-Kneippbecken. Sonnenschirme an den Wegen

schützen vor Hitze. Zur Abkühlung dienen können auch die Wasserspiele auf den Deichgärten, Fontänen und Sprühnebel präsentieren unterschiedliche Formen von Wasser. Zudem schmücken Glasobjekte aus dem Bayerischen Wald die Deichgärten, so etwa Glas-Grashalme von Erwin Eisch oder die Frauenaauer Glasarche. Die Partnerstadt Pišek will sich mit Sandskulpturen an der Schau beteiligen. Herta Wimmer-Knorr installiert einen „Spießbürger“, ein-



Franziska Holmer erläuterte das Pflanzkonzept für die Landesgartenschau 2014.

nen gut drei Meter großen Gartenzweig aus PET-Flaschen. Zahlreiche weitere Werke von regionalen Künstlern werden das Gelände schmücken. In Natterberg wird es ein Effizienzhaus zu besuchen geben, in dem über nachhaltiges Energiewirtschaften informiert wird. Mit E-Bikes oder Solarautos soll man es erreichen können. Kinder haben reichlich Möglichkeiten, sich auszutoben, dafür sorgen zahlreiche Spielplätze und Mitmachaktionen.

– pö

# Donau bleibt Schwerpunkt des Bund Naturschutz

**Landshut.** Der Erhalt der frei fließenden Donau bleibt zwar weiterhin auf der Agenda des Bund Naturschutz, im kommenden Jahr wird man sich daneben aber vor allem auf die Verhinderung des Pumpspeicherkraftwerkes Riedl konzentrieren, kündigte der Landesvorsitzende des Bund Naturschutz Prof. Dr. Hubert Weiger gestern in Landshut bei der Präsentation der „Grünen Bilanz 2012“ an. Im vergangenen Jahr habe der BN in Niederbayern wichtige Erfolge erzielt, so Weiger, schränkte aber ein, dass die Fehlentwicklungen in der Fläche nicht gestoppt worden seien. Insgesamt fiel seine Bilanz

für die ehrenamtlichen Arbeit in den neun Kreis- und 74 Ortsgruppen positiv aus. Besonders freute er sich natürlich, dass die Mitgliederzahl 2012 um insgesamt über 15 Prozent von 15 400 auf 17770 zugenommen hat. Damit gehe der BN gestärkt in das laufende Jahr.

Anlass zu Freude und Hoffnung hätten in den vergangenen Monaten die Entwicklungen in Sachen Donauausbau geliefert, so Weiger. Er machte aber auch deutlich, dass der Erhalt der gesamten frei fließenden Donau zwischen Straubing und Vilshofen auch 2013 ein zentraler Schwerpunkt der BN-Arbeit bleiben werde. – tl

# Vom Fluss zum See

Vortrag bei der LBV-Kreisgruppe über die Oberauer Schleife

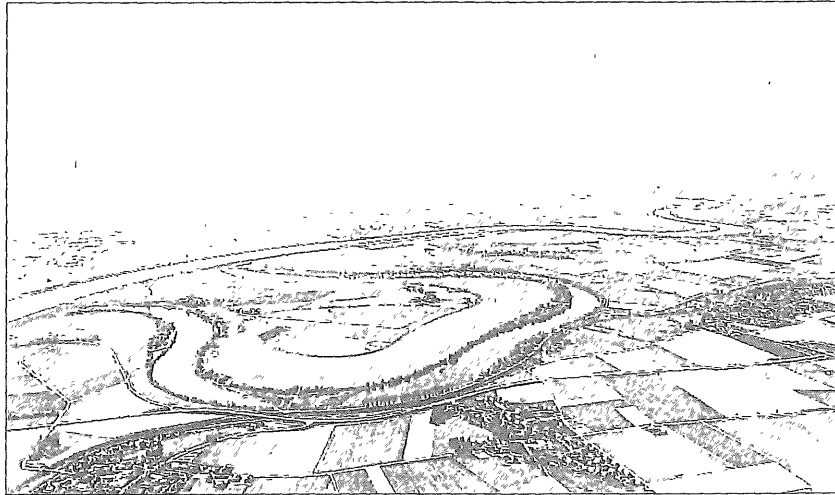
Zwei interessante Referate wurden in der Monatsversammlung der Kreisgruppe Straubing-Bogen des Landesbunds für Vogel-, Arten- und Biotopschutz (LBV) den 50 Zuhörern vorgetragen. Im Mittelpunkt stand die Situation der Oberauer Schleife sowie der ganzen Donau.

LBV-Vorsitzender Dr. Adolf Feig berichtete zunächst über die Aktionen der Kreisgruppe in den vergangenen vier Wochen, zum Beispiel über die Donau-Demonstrationen in Straubing und Deggendorf sowie die Pappelfällaktion, bei der in Zusammenarbeit mit der Autobahnmeisterei Kirchroth drei wertvolle Hohlenbäume erhalten werden konnten. Feig kritisierte auch die vertagten Gerichtsentscheidungen im Revisionsfall des Geltolfinger 100-fachen Vogelmordes 2010 und die unzureichend erfolgte Sicherung der Strommasten bei Parkstetten und Steinach.

Anschließend informierte Jürgen Englisch über Oberauer Schleife und Donau. Der Referent ist Landschaftspfleger und Naturschutzfachreferent am Umweltamt der Stadt Straubing. Der Vortrag beleuchtete die Entwicklung der Flussschleife bei Oberau und die frühere „Schleifenlandschaft“ zwischen Geisling und Straubing.

## Schleifen über Schleifen

Alles begann mit dem erdgeschichtlichen Werden der Donaulandschaft seit der letzten Eiszeit. Zur „Biografie“ der Donau gehört auch das ständige Verlagern und Neuentstehen von Flussmäandern. Dabei entstand eine regelrechte



Das Luftbild lässt im Vordergrund sehr deutlich die von der Donau abgehängte Oberauer Schleife erkennen.

„Schleifenlandschaft“. Es folgte die jüngere Entwicklung. Beispiel war die Schleife bei Oberau 1953, 1980 und 2012. Der Donauausbau oberhalb von Straubing brachte Mitte der 1990er-Jahre die Abtrennung vom Fluss und damit die Veränderungen des Gewässerregimes mit sich. Das frühere Fließgewässer wurde plötzlich zu einem Stillgewässer. Die Gegenüberstellung des Istzustands vor und nach dem Ausbau war sehr aufschlussreich, ebenso die Aufzählung von Landschaftsstrukturen und Naturlandschaft.

Ausgiebig wurde dann auf die Folgen des Donauausbaues, die unzähligen ökologischen Ersatzmaßnahmen und die vorhandene Artenausstattung eingegangen. Das bisherige Naturschutzmanagement für die Oberauer Schleife (Simulation von Niedrigwasser im Herbst und Hochwasser im Frühjahr, Beweidung, unterschiedliche Schnittzeit-

punkte) hat wenig geholfen. Experten prognostizieren sogar eine gänzliche Verlandung in etwa 50 bis 100 Jahren.

Die vorgesehene Einbeziehung in einen „Flutpolder“ wird wegen der zu erwartenden Zerstörung der Vegetation kritisch betrachtet. „Die bestehende Naturschutzgebietsverordnung lässt sich wegen der hohen Freizeitaktivität der Bevölkerung nur schwer umsetzen“, betonte Englisch. Eine umfangreiche Diskussion schloss sich an. Einhellig vertraten die Teilnehmer die Meinung, dass die Donauschleife bei Mühlham unbedingt als lebendiger Teil des Flusses erhalten werden müsse. -cw-

## Info

Auf der nächsten Monatsversammlung der LBV-Kreisgruppe am 19. März findet die Jahresversammlung mit Neuwahlen statt.



## „Der Kampf geht weiter“

**BN wirbt für seine Positionen und verbandsübergreifende Zusammenarbeit**

**Landshut.** „Der Kampf geht weiter und wir sind froh darüber, dass die Bevölkerung erkannt hat, wie wertvoll die Donau ist.“ So äußerte sich Prof. Dr. Hubert Weiger, der Landesvorsitzende des Bundes Naturschutz (BN) in Bayern, bei der Jahrespressekonferenz der Kreisgruppe Landshut im Gasthof Insel. Im Blick auf anstehende Entscheidungen warb er ausdrücklich um verbandsübergreifende Zusammenarbeit und weitere Einzelinitiativen. Immer mehr Bürger teilten die Standpunkte des BN, sagte er.

Der BN hat den Schutz des Flusses deshalb auch dieses Jahr noch nachhaltig auf dem Programm. Neben Weiger stellte auch Dieter Scherf, Mitglied des Landesvorstandes, fest, dass eine Donau-Staustufe aus Sicht des BN „nicht verantwortet werden kann“. Die Naturschutzorganisation registrierte dafür eine zunehmende Übereinstimmung mit der Bevölkerung und appellierte deshalb an verschiedene Organisationen, sich anzuschließen. Regen Zulauf für ihre Politik, sag-

ten die Naturschutzvertreter übereinstimmend, würden sie derzeit in allen Einsatzbereichen registrieren.

Das gelte auch für den Einsatz gegen den Flächenverbrauch, wozu die Naturschützer weiterhin den Ausbau der B 15 neu nennen: „Wir fordern weiterhin, dass die B 15 neu an der A 92 enden muss.“ Im Unterschied zu früher hätte es Verkehrsminister Peter Ramsauer allerdings jetzt mit organisierten Bürgern in 700 Projekten zu tun, die diesen Standpunkt teilten, ergänzte Paul Riederer, der stellvertretende Vorsitzende der Kreisgruppe. Nach wie vor sei dem BN daran gelegen, dass die Bauern im Planungsgebiet sich mit dem Schutz und der Erhaltung ihrer bäuerlichen Kulturlandschaften und seltener Lebensräume von

Pflanzen und Tieren in der für den Bau ursprünglich vorgesehenen Region vorbehaltlos einsetzten. Die Aussicht auf Erfolg schätzte er positiv ein: Auch in den Kommunen hätten sich inzwischen Widerstandsnester gebildet.

Neben diesem Schwerpunktthema will der BN sich weiterhin auf die Entwicklung erneuerbarer Energien konzentrieren. Prof. Dr. Hubert Weiger lobte daher die Rolle Niederbayerns als „Solarweltmeister“. Er sagte, das Land habe die größte Photovoltaikdichte weltweit. Eine weitere Förderung der erneuerbaren Energien will der Bund Naturschutz unter anderem mit Vorschlägen für Energiesparmaßnahmen erreichen. (Ausführlich in einem Teil der Auflage) –kes-

# Baustart der Krippe im März

## Gemeinderat berät zur Hochwasserentlastung

**Mariaposching.** (jo) In der vergangenen Gemeinderatssitzung befasste sich das Gremium schwerpunktmäßig mit dem Bau der Kinderkrippe und mit der Hochwasserentlastung für Haberswöhr. Die Vergabe von Aufträgen stand im nicht öffentlichen Teil der Sitzung auf der Tagesordnung.

15 Gewerke, von den Mitarbeitern des Architekturbüros Wagner alphabetisch geordnet von Abdichtungsarbeiten bis zu Zimmererarbeiten, mussten behandelt werden, damit die Bauarbeiten an der Kinderkrippe termingerecht beginnen können. Zum Auftakt der Sitzung gab Bürgermeister Tremmel bekannt, dass die Fördermittel für den Bau der Kinderkrippe in der beantragten Höhe von rund 340000 Euro zugesagt wurden. Dann wies er darauf hin, dass die Bauarbeiten für die Erstellung der Krippe am Montag, 4. März, starten sollen, um die Nutzung zum Jahresende 2013 zu gewährleisten. Dazu muss der Eingang zum Kindergarten auf die Südseite des Gebäudes verlegt werden. Auch die Parkmöglichkeiten für die Eltern werden im Verlauf der Arbeiten eingeschränkt. Geparkt werden kann in dieser Zeit voraussichtlich nur auf den Nebenstraßen des Kindergartens.

Die betroffenen Eltern werden mit einem Brief detaillierte Informationen erhalten. Es wird jedoch bereits jetzt um Verständnis dafür gebeten, dass die Bauphase Einschränkungen mit sich bringt. Die Architektin Wagner forderte Tremmel auf, die beauftragten Firmen anzuweisen, den Bauzeitplan zwingend einzuhalten, um damit die mit den Bauarbeiten einhergehenden Behinderungen auf das zwingend erforderliche Maß zu beschränken. Dann lud der Bürgermeister zu einem Volksmusikabend am 19. März in Aschenau ein. Der Verband „Ferienregion Hirschenstein“ lädt dazu ein. Anschließend befasste sich der Gemeinderat mit der Suche nach einer Lösung zur Hochwasserentlastung im Ortsteil Haberswöhr. Seit Jahren steht hier den Anwohnern nach starken Regenfällen das Oberflächenwasser buchstäblich bis zum Hals.

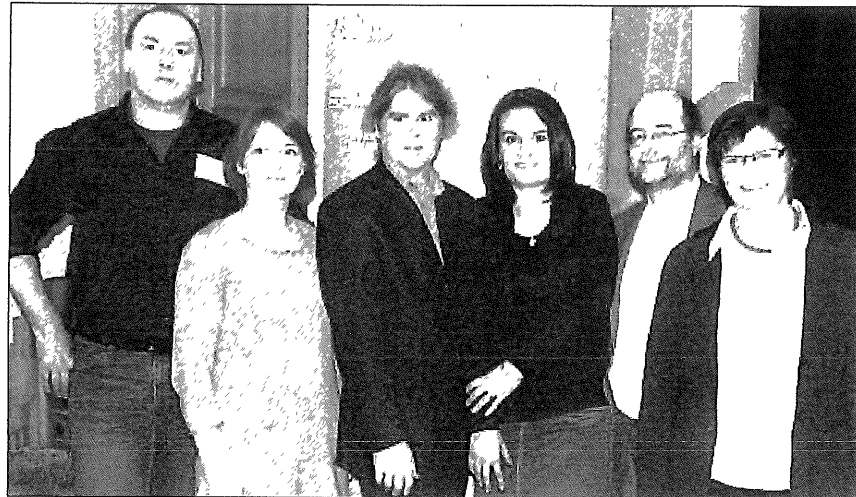
Nach Grundstücksverkäufen in diesem Bereich und einer damit einhergehenden intensiven landwirtschaftlichen Nutzung fehlt eine Ab-

flussmöglichkeit für das Regenwasser. Der Anstieg des Pegels ist daher unvermeidlich. Nachdem weder das Wasserwirtschaftsamt noch das Landratsamt bzw. die Regierung von Niederbayern Lösungen gefunden haben, will nun die Gemeinde eine Abflussmöglichkeit finden und strebt eine Kompromisslösung an. Geladen wurden dazu die Anrainer bzw. die Grundstücksbesitzer der betroffenen Flächen. Der Besuchsbereich des Sitzungssaales war deshalb gut gefüllt. Zusätzlich lag die schriftliche Stellungnahme eines Grundstücksbesitzers vor.

Nach intensiven Diskussionen, bei denen auch die Belange weiterer Anlieger, die im vorgesehenen Abflussbereich des Regenwassers liegen, besprochen wurden, lag eine Kompromisslösung in greifbarer Nähe. Die Gemeinde will einen Grundstücksstreifen mit etwa drei Metern Breite kaufen und einen schmalen Abflussgraben ziehen.

Drei, unter Umständen vier Anlieger müssten dazu Grundfläche abgeben. Die Gemeinde, wird nun mit dem Wasserwirtschaftsamt Deggendorf in Kontakt treten, um prüfen zu lassen, ob der angedachte Abflussgraben zur Hochwasserentlastung von Haberswöhr geeignet ist und gleichzeitig die Unterlieger nicht von dem abgeleiteten Oberflächenwasser überflutet werden. Erst nachdem diese Prüfung erfolgt und keine Gefährdung der Unterlieger zu erwarten ist, kann mit dem Erwerb von Grundstücksflächen und dem Bau eines Abflussgrabens begonnen werden. Die Hoffnung, dass nun ein bereits seit Jahren anstehendes Problem gelöst werden kann, ist damit leicht gestiegen.

Anschließend gab Tremmel bekannt, dass im Baugebiet Pfarrer-Wenninger-Straße alle Bauplätze verkauft wurden bzw. dessen Verkauf kurz bevorsteht. Der günstige Kaufpreis, für einen Bauplatz mit 700 Quadratmetern sind circa 43000 Euro inklusive Erschließungskosten zu entrichten, ist dafür verantwortlich. Dem Gemeinderat fällt deshalb in nächster Zeit die Aufgabe zu, ein neues Baugebiet zu erschließen. Nach weiteren Diskussionen über die Auslastung des Grundschulgebäudes bzw. zu Ehrungen für verdiente Mitbürger schloss Tremmel die Sitzung gegen 21.30 Uhr.



Die Spitzenkandidaten der Grünen (von rechts): Rosi Steinberger, Eike Hallitzky, Sophia Lüttwitz, Markus Scheuermann, Mia Pörtl und Erhard Grundl. – Foto: Schöttl

## Novum bei den Grünen: 100 Prozent für Eike Hallitzky

### Aufbruchstimmung bei Aufstellung der Kandidaten-Listen

**Plattling.** Rosi Steinberger aus Kumhausen (Landshut-Land) und Markus Scheuermann aus Landshut sind die Spitzenkandidaten der niederbayerischen Grünen bei der Landtags- beziehungsweise Bezirkstagswahl. Sie wurden am Samstag in Plattling bei der Listenaufstellung nominiert.

Für ein vielbejubeltes Novum sorgte der Passauer Landtagsabgeordnete Eike Hallitzky, der mit 100 Prozent der Delegiertenstimmen auf Platz 2 gewählt wurde. Das wertete er nicht nur als persönlichen Erfolg, sondern als Ausdruck der Aufbruchstimmung: „Wir wollen Regierungsverantwortung übernehmen.“

600 Mitglieder haben die niederbayerischen Grünen aktuell, so Hallitzky. „Anderen laufen die Mitglieder davon, wir haben Zugänge zu verzeichnen und hatten heute mit über 100 Delegierten so viele wie früher Mitglieder.“ Bei den Grünen herrsche, auch durch die guten Umfrageergebnisse, Aufbruchstimmung. „Wir waren aus der Opposition heraus mit Themen wie der Energiewende, dem Donauausbau, den Stu-

diengebühren und der Agrarwende sehr erfolgreich, unsere Themen haben die Menschen bewegt und wurden von den anderen Parteien aufgenommen.“

Bei den anstehenden Wahlen wolle man die Zahl der niederbayerischen Mandate verdoppeln: „Jeweils zwei im Landtag und Bezirkstag, das täte Niederbayern gut.“ Schwarz-Grün, so Hallitzky, sei derzeit keine Alternative.

Als wichtiges Zukunftsthema aus niederbayerischer Sicht nannte Rosi Steinberger die Stärkung des ländlichen Raumes. Niederbayern müsse die ökologische Stärke hervorheben. Dabei sei auch die Landwirtschaft in Verbindung mit der Umweltdiskussion ein wichtiges Thema, ebenso die Energiewende und die Bildung. Wenngleich es im dreigliedrigen Schulwesen schwierig werde, gelte es, viele Schulen vor Ort zu erhalten.

Themen wie Inklusion und Substitution nannte Markus Scheuermann als Bezirksaufgaben. Angesichts der schwierigen rechtlichen und finanziellen Gegebenheiten werde die Substitution von Drogenkonsumenten eben-

falls Thema. Der derzeitige „Notbetrieb“ sei keine Lösung, die Bezirkskrankenhäuser seien gefordert.

Kritik übten Scheuermann und Mia Pörtl (2. Platz Bezirkstagsliste) an der CSU-Liste für den Bezirkstag, auf der etwa der Landshuter Oberbürgermeister auftauche: „Wie soll der die Zeit für ernsthafte Bezirkstagsarbeit aufbringen, das ist doch eine Alibi-Nominierung.“ – tl

### DIE KANDIDATEN

**Die Landtagsliste:** 1. Rosi Steinberger, Landshut-Land; 2. Eike Hallitzky, Passau-Land; 3. Sophia Lüttwitz, Rottal; 4. Thomas Müller, Regen; 5. Sigi Hagl, Landshut-Stadt; 6. Matthias Ernst, Straubing; 7. Christiane Lettow-Berger, Kelheim; 8. Karl Synek, Passau-Stadt; 9. Anita Karl, Straubing; 10. Günther Sandmeyer, Dingolfing;

**Die Bezirkstagsliste:** 1. Markus Scheuermann, Landshut; 2. Mia Pörtl, Rottal-Inn; 3. Erhard Grundl, Straubing; 4. Gisela Floegel, Landshut-Land; 5. Boris Burkert, Passau-Stadt; 6. Susanne Keilhauser, Regen; 7. Wolf Bergs, Deggendorf; 8. Magdalena Groll-Zieglmeier, Kelheim; 9. Toni Schuberl, Passau-Land; 10. Susanne Mayerhofer, Passau-Land.

# „Nockherberg ist eine politische Veranstaltung“

Fastenpredigerin Luise Kinseher im PNP-Interview – Sie kritisiert Seehofers Wendemanöver als „nicht vertrauensbildend“

**München.** Zum dritten Mal schlüpft Luise Kinseher am Mittwoch in die Rolle der Bavaria, um als Nockherberg-Predigerin den Politikern „einzuschenken“. Im PNP-Interview spricht sie über ihre Gratwanderung zwischen Anklage und humorvollen Pointen.

*Das traditionelle Politikerdarblecken am Nockherberg findet heuer ein bisserl früher statt als in den vergangenen Jahren. Aber Probleme, Material zusammenzubekommen, hatte die Bavaria nicht, oder?*

**Kinseher:** Material ist genug da. Aber es stellt sich zum Nockherberg hin immer die Frage: Taugt es zum Darblecken? Da zählt vor allen Dingen eines: Wie kann ich die- oder denjenigen Politiker aus der Reserve locken? Und mit was? Welchen Schmarrn hat die betreffende Person erzählt? Ist ihr was Peinliches passiert? Wo hat sie sich widersprochen? Gut, dass ich da bei unserem Ministerpräsidenten nicht lange suchen muss.

**Ohne Papst aus Bayern  
„fehlt der Haussegen“**

*Wo hat denn die Bavaria in den vergangenen Monaten ganz besonders aufgemerkt, wenn sie Zeitung gelesen hat?*

**Kinseher:** Selbstverständlich hab ich genau aufgepasst, wie sich die internen Stimmungen in der CSU entwickeln. Der Weihnachtsfrieden! Wie lange wird er halten? Bis zur Wahl bestimmt! Aber dann? Noch dazu jetzt, da wir keinen bayerischen Papst mehr haben! Da fehlt doch der Haussegen! Horst Seehofer wird schon die absolute Mehrheit recht klar erlangen müssen, wenn in der Partei der Unmut über ihn nicht hochkochen soll. Und dann unsere bayerische Sozi-



Als mütterliche Bavaria teilt sie mit freundlichem Lächeln gegen die Polit-Großen aus: Nockherberg-Predigerin Luise Kinseher. Das Bayerische Fernsehen zeigt den Starkbieranstich am Mittwoch ab 18.30 Uhr. – F.: dpa

aldemokratie – es ist schon amüsant zu beobachten, wie die SPD versucht, mit einer einzigen Taschenlampe eine riesige Lightshow zu inszenieren.

*Alles zusammengefasst: Ist die Bavaria im Laufe eines politischen Jahres von den Geschehnissen der Politik eher schockiert, amüsiert – oder auch mal zufrieden? Was überwiegt?*

**Kinseher:** Manchmal überwiegt schon ein wenig der Frust. Wir hatten EHEC, wir hatten Antibiotika im Hühnerfleisch, jetzt das Pferd in der Lasagne. Man kann jedes Jahr verlässlich auf einen Lebensmittelskandal warten, aber politisch scheinen keine Weichen gestellt zu werden, damit sich etwas ändert. Bildungspolitik ist das nächste Thema. Die Reform ist eine einzige Flickschusterei. In der Umweltpolitik hat sich zwar viel geändert: Energiewende, Donauausbau. Aber das alles steht unter dem Eindruck von Seehofers Wendemanövern. Und die sind nicht vertrauensbildend.

*Können Sie sich vorstellen, dass Politiker in ihrem Tun tatsächlich immer auch ein bisserl denken: Wie könnte das jetzt bei der Bavaria, auf dem Nockherberg ankommen?*

**Kinseher:** Ehrlich gesagt: Nein! Was die Mehrheit der Bevölkerung denkt, das ist wichtig für die Politiker, gerade, wenn sie darauf abzielen, dass ihre Partei die absolute Mehrheit erlangt. Aber ist das überhaupt noch zeitgemäß? Kann eine einzige Partei wirklich alle Meinungsrichtungen in einer heutigen Gesellschaft abbilden?

*Das, was Sie machen, ist das eher Unterhaltung – oder irgendwie schon ein bisserl Politik?*

**Kinseher:** Der Nockherberg ist eine politische Veranstaltung. Ich

versuche die Gratwanderung zwischen ernsthafter Kritik, Anklage und humorvollen Pointen.

*Es ist ja das erste Mal, dass die Bavaria in einem Wahljahr redet. Muss man da noch stärker aufpassen als sonst?*

**Kinseher:** Ich hab mir gedacht, weil Wahljahr ist, muss ich erst recht deutlich sagen, was Sache ist, das Wesentliche herausarbeiten – und das so kurz und treffend wie möglich.

**„Ich lasse mir  
kein Kind entreißen“**

*Geht die Bavaria eigentlich wählen? Und wenn ja, wo würde sie wohl ihr Kyeuzerl machen?*

**Kinseher:** Als Mama Bavaria stehe ich bei dieser Frage im kaukasischen Kreidekreis. Ich liebe alle meine Kinder und lasse mir keines entreißen!

*Die gebürtige Niederbayerin Luise Kinseher und der gebürtige Niederbayer Django Asül haben die wichtigsten Starkbierreden Bayerns, ja der Republik, fest in der Hand. Überhaupt kommen aus Niederbayern überraschend viele Kabarettisten. Warum eigentlich?*

**Kinseher:** Wir Niederbayern haben eine lange kabarettistische Tradition. Um 1900 gab es in München viele Zuwanderer aus Niederbayern und der Oberpfalz. Es waren Arbeiter und Dienstboten. Ihre Münchner Wohnungen waren eng und die Betten oft mehrfach belegt. So zogen sie ins Wirtshaus. Sie machten Musik und ihre Späße – die Münchner Brettszene entstand. Und zwar mit Niederbayern. So gesehen ist Darblecken eine normale Sache. Bei uns Niederbayern ist das eben genetisch bedingt.

Interview: Alexander Kain



Auf der 2,4 Kilometer langen Baustrecke, die 700 Meter oberhalb der Staustufe beginnt, müssen einige Sträucher und Bäume am Weg zwischen Donau und Laberableiter abgeholzt werden.

## Keine Gefahr für die Uferschnepfe?

Donaudamm wird verstärkt: Sträucher müssen Baustelle weichen

Der Donauseitendamm zwischen Donau und Laberableiter muss mit einer Innendichtung verstärkt werden. Zur Vorbereitung dieser etwa zehnmonatigen Baumaßnahme müssen am Randstreifen Sträucher abgeholzt werden (wir berichteten). Sie werden aber durch Neupflanzungen ersetzt. Über die Bauarbeiten sprachen Mitarbeiter des Wasser- und Schifffahrtsamts Regensburg am Freitagnachmittag bei einer Ortsbegehung mit interessierten Vogelfreunden, die sich über die möglichen Auswirkungen der Rodung auf die Tierwelt informierten.

„Letztes Jahr im April konnten wir auf den Feuchtwiesen ein Uferschnepfenpaar beobachten“, erzählte Dr. Adolf Feig vom LBV. Dabei handelt es sich um eine selten gewordene Vogelart. Damit diese in ihrer Brutzeit nicht von Bauarbeiten gestört wird, sprachen sich Dr. Feig und Hannelore Summer von

der Bezirksgeschäftsstelle des LBV dafür aus, dass mit der Abtragung des Betriebsweges und den Baggerarbeiten für die neue Innendichtung erst nach der Brutzeit der Vögel begonnen werde.

### Großteil der Pflanzen kann wieder austreiben

„In den nächsten Wochen wird die Vegetation beseitigt, die die Baustellenfahrzeuge behindert“, erklärte Alexander Depperschmidt vom Wasser- und Schifffahrtsamt Regensburg. Hinterher werde aber wieder für Ersatz gesorgt. Die Naturschützer empfahlen, auf autochthones, also an Wildstandorten lebendes Pflanzenmaterial zurückzugreifen. Ein Großteil der beseitigten Pflanzen könne nach der Baumaßnahme, die im Frühjahr beginnen wird, wieder austreiben.

„Für die Uferschnepfe sehe ich da keine so große Gefahr“, sagte Han-

nelore Summer vom LBV. Die Feuchtwiesen auf der anderen Seite der Laber, hinter dem Laberableiter, sind von der Baustelle relativ weit entfernt.

Die Gesamtstrecke der Dammsicherung beginnt etwa 700 Meter oberhalb der Staustufe und erstreckt sich über 2,4 Kilometer. Mit einem Bagger mit drei Schnecken wird zwei Meter näher am Wasser neben dem bestehenden Damm gebohrt. Aus einem Zementgemisch und dem vorhandenen Boden wird dann eine Innendichtung zur Verstärkung des Damms angebracht. Diese wird bis zu 60 Zentimeter stark und bietet so eine hohe Systemsicherheit im Hochwasserschutz, wie Depperschmidt anmerkte.

Im Mai werden zunächst alte Poller und Strommasten an der Anlegestelle entfernt und der Betriebsweg für die Zeit der Bauarbeiten verbreitert.

-rus-

# Neues Aquarium und Terrarium

Infohaus Isarmündung stellt das Jahresprogramm 2013 vor

**Moos/Maxmühle.** Im Infohaus Isarmündung stehen die Zeichen auf Frühling – trotz des Schnees auf dem Gelände. Denn bald beginnen die ersten Veranstaltungen aus dem neuen Jahresprogramm, das am Donnerstag bei einem Pressegespräch vorgestellt wurde.

Dabei wies Infohaus-Leiter Franz Schöllhorn auf einige Neuerungen hin. Das Programmheft, das in öffentlichen Einrichtungen aufliegt, präsentiert sich mit neuem Layout. Inhaltlich wurde den steigenden Besucherzahlen Rechnung getragen. So wurde ein neuer Kräuter- und Gehölzlehrpfad entwickelt, der an 38 Stationen am verkürzten, roten Rundwanderweg entlangführt. Dieser wurde besonders für Schulklassen konzipiert, die ohne gebuchte Führung auf Erkundung gehen wollen. Für die Entdeckertouren gibt es Fragebögen zum Ankreuzen und Ausfüllen, die Spaß machen und das Wissen vertiefen.

Neu ist außerdem die Erweiterung der Dauerausstellung um den thematischen Teil Zugvögel, Schmetterlinge und Libellen, der am 7. Juni eröffnet wird. Damit werden ein zusätzliches Aquarium mit Molchen und anderen Kleinlebewesen sowie ein Terrarium aufgebaut, in dem man die Entwicklung von Schmetterlingen beobachten kann.

Das bewährte Angebot für Schulklassen ist im neuen Programmheft farblich unterschieden und bietet auch thematische Führungen für die unterschiedlichen Schularten an, die nach Lehrplänen geordnet sind. Das Angebot für die Gymnasialstufe Q 10 bis Q 12 Geographie und Biologie richtet sich auf Flüsse als Lebensadern in der Landschaft. Dafür sollten die Anmeldungen möglichst frühzeitig beim Landratsamt unter ☎ 0991/3100-287 erfolgen.



**Umweltbildung** liegt den Mitarbeitern im Infohaus am Herzen (v.l.): Thomas Schoger-Ohnweiler, Laura Quandt, Ruth Waas, Irene Weinberger-Dalhof, Franz Schöllhorn und Theo Günthner. – Foto: Friedberger

Frühzeitige Anmeldungen sind auch für die Kinderveranstaltungen des LBV und der Umweltstation erforderlich, betonte LBV-Geschäftsstellenleiterin Ruth Waas. So ist beispielsweise die alljährlich stattfindende Fledermausnacht regelmäßig überbucht. Wer heuer am 9. August dabei sein möchte, sollte sich rechtzeitig anmelden. Von den 18 Veranstaltungen, die der LBV anbietet, sind nur die Hälfte im Programmheft aufgeführt, so dass sich der Blick in Zeitung und Internet empfiehlt, um über alle Angebote informiert zu sein.

Beteiligt an dem abwechslungsreichen Jahresprogramm sind auch heuer wieder der Bienenzuchtverein Plattling mit seinem Lehrbienenzustand auf dem Gelände sowie der Bund Naturschutz. Irene Weinberger-Dalhof hob hervor, dass der BN in diesem Jahr sein 100-jähriges Bestehen beim Donaifest am 9. Mai begeht und verwies auf BN-Aktivitäten außerhalb des Infohauses. Der Bienenzuchtverein hatte bereits Anfang Februar eine Veranstaltung zur Königinnenzucht abgehalten und ist im Jahresprogramm mit etablierten Angeboten vertreten. Dabei

richtet sich das Augenmerk nicht allein auf Informationen über Honigproduktion, sondern auch darauf, den Menschen die Bedeutung der Bienen und Insekten als Bestäuber bewusst zu machen, wie Theo Günthner betonte.

Mit der Fischwildnis Isarmündung beschäftigt sich Umweltwissenschaftlerin Laura Quandt. Die erste von 13 Landkreis-Veranstaltungen ist am 23. März die Führung von Gebietsbetreuer Thomas Schoger-Ohnweiler unter dem Motto „Frühlingserwachen im Isarmündungsgebiet“. In einer Sonderveranstaltung mit „Donnikl“, bekannt durch sein beliebtes „Fliegerlied“, wird das Musik-Theater „Energie“ voraussichtlich beim Pfingstfest im Zelt auftreten. Näheres wird noch bekannt gegeben. Einzelheiten zum Infohaus-Programm sind im Internet unter [www.infohaus-isarmuendung.de](http://www.infohaus-isarmuendung.de) zu finden. Geöffnet hat das Infohaus von April bis Oktober immer mittwochs bis sonntags von 10 bis 17 Uhr, ausgenommen am Karfreitag. Der Eintritt ist kostenlos. Die Außenanlagen sind das ganze Jahr über frei zugänglich. – tf

## Kreuzweg an der Donau

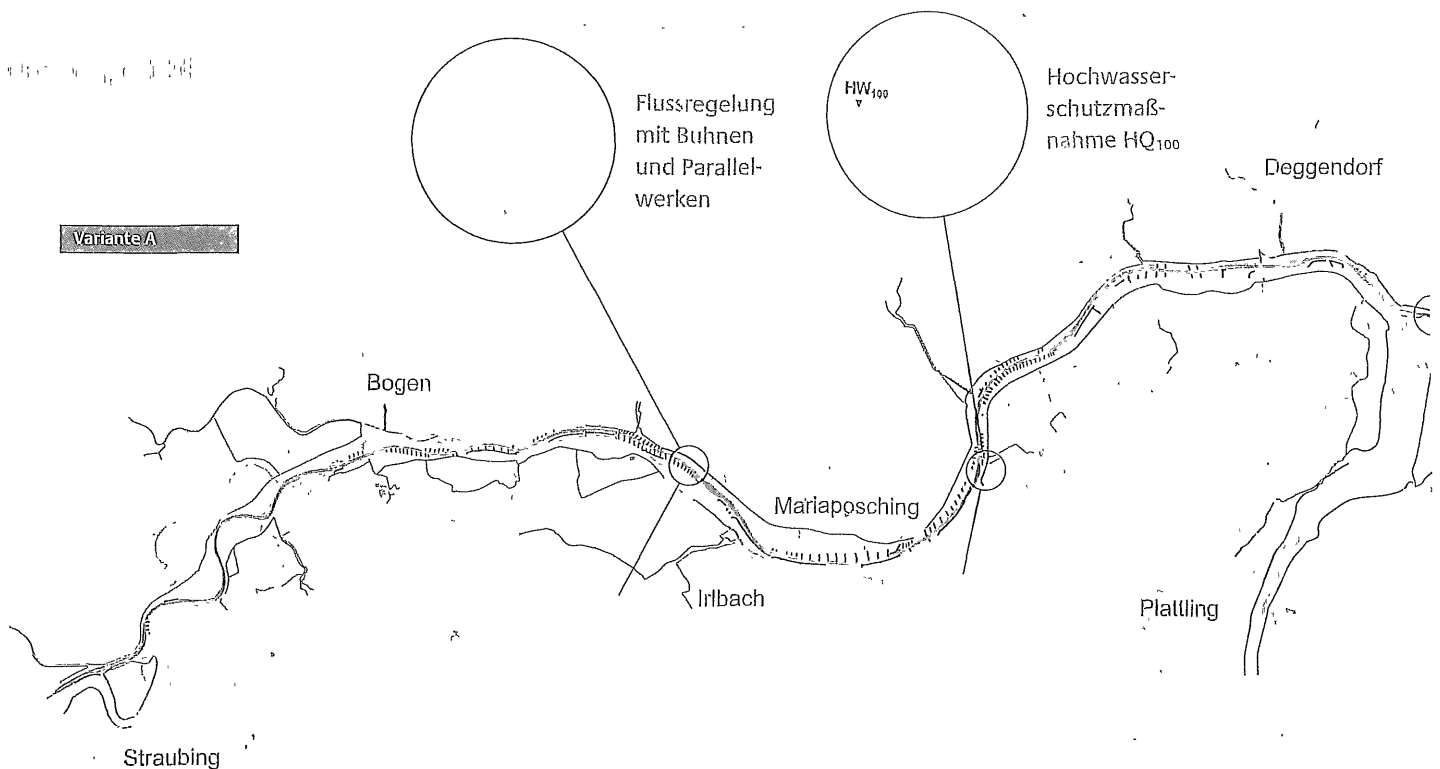
**Straubing-Bogen.** (ta) Das monatliche Donaugebet wird am Sonntag, 24. Februar, als ökumenische Kreuzwegandacht gebetet. Maria Stauber und Sonja Seidel vom Arbeitskreis Christen und Ökologie bereiten diese Andacht zur Fastenzeit vor.

Wie immer beginnt das Donaugebet um 17 Uhr an der Bootsanlegestelle bei Oberalteich. Die Kreuzwegandacht wird vom evangelischen Posaunenchor aus Bogen begleitet. Informationen unter der Telefonnummer 09961/6555 oder [birkeneder@t-online.de](mailto:birkeneder@t-online.de).

### **Donaugebet mit den Firmlingen**

**Niederaltich.** „Wie ein Baum, der an Wasserbächen gepflanzt ist“ – unter diesem Motto steht das Donaugebet morgen, Sonntag, ab 17 Uhr am Donaukreuz in Niederaltich bei der Fähranlegestelle. Gestaltet wird es von den Firmlingen aus dem Pfarrverband Schöllnach. Die musikalische Umrahmung liefert der KLJB-Chor Schöllnach. – dz





## Bayern gegen Berlin und Brüssel

Ministerpräsident Seehofer entscheidet im Alleingang über den Donauausbau – und alle schauen mehr oder weniger verwundert zu: Was in den vergangenen Wochen in Bayern passiert ist, versteht so richtig keiner. Noch schweigen die Berliner Politik wie auch die EU in Brüssel.

Von Martin Schwarzott

Spätestens der Duisburger Vertrag hat es 1966 geregelt: Bund und Bayern bauen gemeinsam die Donau aus. Da Rhein, Main, Main-Donau-Kanal und Donau die einzige Wasserstraße im Rahmen der trans-europäischen Netze TEN bilden, ist auch klar, dass die Europäische Union theoretisch ein gewichtiges Wörtchen mitzureden hat – das zeigt schon die 50-prozentige Förderung einer dreijährigen Studie, die nach jahrzehntelangen Diskussionen bis Dezember 2012 die zwei verbliebenen Varianten untersucht hat: den Kompromiss C 2,80 mit nur noch einer statt zuletzt drei geplanten Staustufen, und die Variante A, ohne Staustufe, die alleine mit flussbaulichen Maßnahmen und Sohlbaggerungen auskommt.

Also: Drei Partner entscheiden über den Ausbau. Drei Partner? Allenfalls theoretisch. Denn das macht der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer im Alleingang, setzt sich über die Interessen der anderen Beteiligten hinweg. Und erntet noch nicht einmal Protest.

Nach einem Treffen Seehofers mit den direkt betroffenen niederbayerischen CSU-Abgeordneten sickerte im Januar schnell durch: Variante C 2,80 ist vom Tisch. Stattdessen wird Variante A umgesetzt, die

schon bald in Variante A+ umbenannt wurde – weil sie leicht modifiziert wird. Denn statt die gesamte Strecke, die 69 Kilometer zwischen Straubing und Vilshofen, auszubauen, soll der besonders kritische Abschnitt unterhalb der Isarmündung bis auf weiteres ausgeklammert werden. Seehofer sagt es so: Solange er Ministerpräsident ist, wird es keine Staustufe geben.

Bei den Befürwortern eines stärkeren Ausbaus machte sich prompt Hoffnung breit, dass eines Tages, irgendwann, vielleicht doch noch die aus ihrer Sicht so dringende Staustufe gebaut wird. Und die Gegner grummelten – sie fühlten sich hintergangen.

### Spekulationen halten an

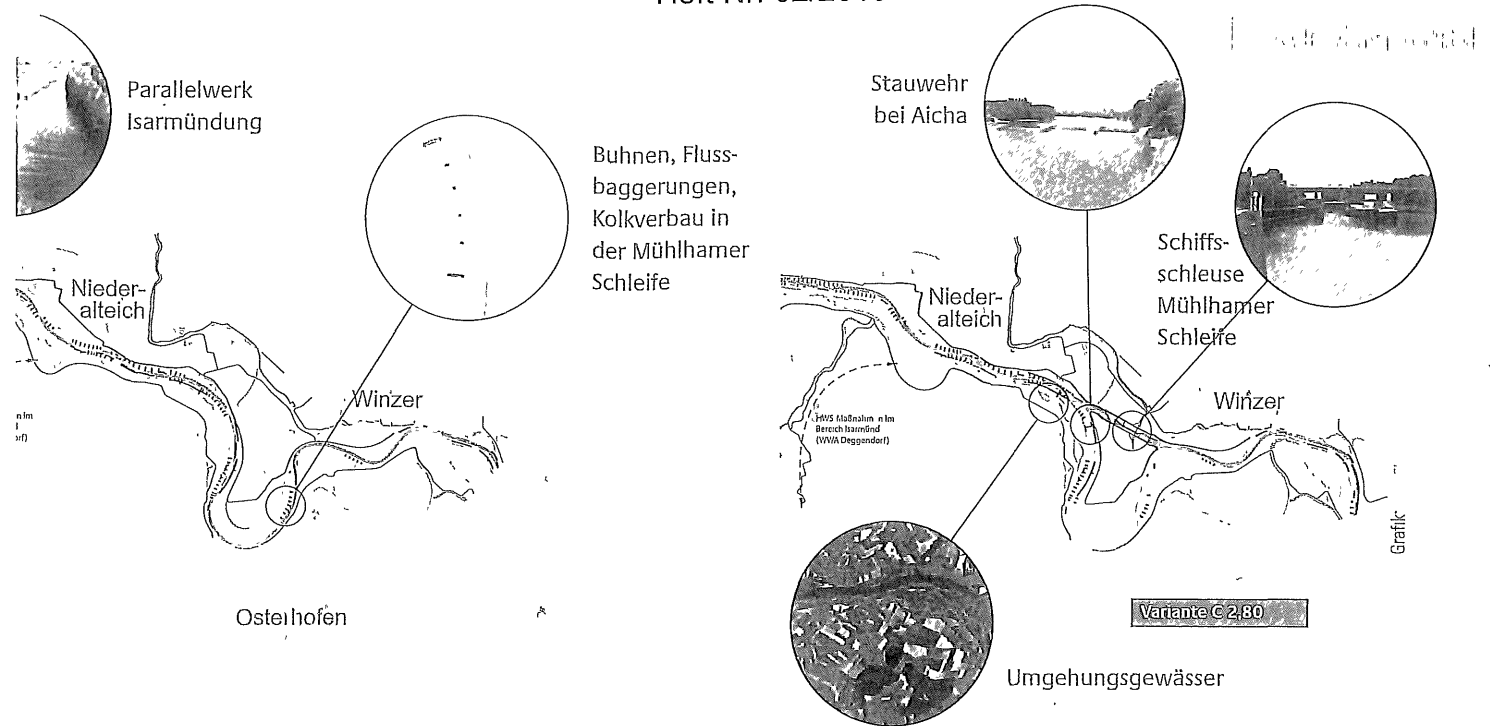
Wie kam es zu diesem Kompromiss, der bereits im Spätsommer 2012 intern entwickelt wurde und zumindest leichten Wirbel auslöste, als Detlef Aster, Präsident der WSD Süd, ihn gegenüber den Medien öffentlich machte? Der längst totgeglaubt war – spätestens, als sich Seehofer kurz vor Weihnachten an Bord der »Kristallkönigin« aufmachte, um sich direkt bei der Bevölkerung umzuhören? Darüber wird zwar trefflich spekuliert. Doch was wirklich passiert ist, weiß womöglich nur Seehofer selbst.

Bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe war nicht klar, wie der Ausbau nun genau

aussehen soll. Weder in der WSD Süd noch beim Bundesverkehrsministerium gab es eine Auskunft; beide wurden von der Entscheidung der Niederbayern-CSU und später auch des Koalitionsausschusses offenbar kalt erwischt.

Selbst als CSU-Politiker berichteten, es gebe Signale aus Brüssel, dass Variante A allen Unkenrufen zum Trotz gefördert werden könnte, herrschte weiterhin Schweigen. Dabei hatte Karla Peijs, EU-Koordinatorin für Binnenschifffahrt, noch im November eine EU-Konferenz in Regensburg genutzt, Variante A eine klare Absage zu erteilen: Regionale Projekte würden von Brüssel nicht gefördert, hatte sie auch in einem Interview mit der »Binnenschifffahrt« (siehe Ausgabe 12/2012) betont. Und mehr als das sei die Variante A nicht.

Letztlich lässt sich die jüngste Diskussion über den Donauausbau so zusammenfassen: Bund und Bayern untersuchen für 33 Millionen Euro zwei noch verbliebene Varianten, die EU trägt 50 Prozent der Kosten. Umgesetzt werden soll jedoch weder Variante A noch Variante C 2,80. Denn Ministerpräsident Seehofer persönlich findet die Lösung – einen Kompromiss, Variante A+, von dem heute niemand sagen kann, ob er wirklich einer ist. Und niemand wehrt sich öffentlich dagegen – nicht in Berlin und nicht in Brüssel. Fortsetzung folgt ... □



## Zwischen Protest und Hoffnung

Es sieht ganz so aus, als ob der jahrelange Streit über den Ausbau der Donau ein Ende gefunden hat: Nach einem Gespräch zwischen Ministerpräsident Horst Seehofer und der niederbayerischen CSU am 23. Januar wurde bekannt, dass es auf Variante A hinausläuft.

Von Martin Schwarzott

Die bayerische Lösung sieht vor, dass die 54 Kilometer Donau zwischen Straubing und Niederaltaich nach Variante A ausgebaut werden, der umstrittene Bereich zwischen der Isarmündung bei Deggendorf und der Mühlhamer Schleife wird zunächst ausgeklammert, der anschließende Bereich bis Vilshofen wiederum ertüchtigt. Seehofer, der sich bei der Landtagswahl im Herbst für fünf Jahre wiederwählen lassen will, hat klar Position bezogen: In seiner Amtszeit werde es keine Staustufe geben.

Die Befürworter eines Ausbaus sprechen von einem tragfähigen Kompromiss, weil Staustufe, Schleuse und Stichkanal an der Mühlhamer Schleife ohnehin frühestens in zehn Jahren gebaut werden können – also lange nach Seehofer. Die Kritiker sprechen von einem »faulen Kompromiss«.

Alle Fäden der EU-Studie laufen bei Detlef Aster bei der WSD Süd zusammen – seine Mitarbeiter müssen immer wieder damit zurecht kommen, dass es Unfälle auf der nautisch schwierigen Strecke gibt. Ironie des Schicksals: Just am Tag nach dem entscheidenden Spitzengespräch in München lief in Höhe Winzer das mit 810 Tonnen Futtermitteln beladene Güterschiff »Orca« (Tiefgang: 2 m) bei sinkendem Wasserstand auf Grund.



Horst Seehofer  
Ministerpräsident Bayern

Und was sagt nun Detlef Aster zu der Vorentscheidung? Nichts. Er verweist auf das Bundesverkehrsministerium. Doch auch dort gab es zunächst keine Sprachregelung. Deutliche Worte kamen dagegen vom Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt (BDB): »Große Enttäuschung«, »Fehlentscheidung« und »Unverständnis« sind die zentralen Begriffe aus der Stellungnahme, die der Verband kurz nach Seehofers Entscheidung versandte. »Diese aus rein wahltaktischen Gründen getroffene Entscheidung zum Ausbau in der Variante A ist eine Mogelpackung«, erklärte BDB-Vizepräsident Gunther Jae-

gers, der die variantenunabhängige Untersuchung zum Donauausbau in der sogenannten Monitoring-Gruppe begleitet hatte.

In diese Kerbe wollen die Vertreter der Bayernhafen-Gruppe nicht schlagen. Geschäftsführer Joachim Zimmermann hält es für wichtig, »dass eine Entscheidung getroffen wurde und dass jetzt Klarheit herrscht«. Nach über 50 Jahren Diskussion werde der Flaschenhals nun geweitet. Laut der EU-Studie könnten bei Variante A Schiffe bei Niedrigwasser künftig 20 Zentimeter tiefer abladen. An etwa 200 Tagen werde eine Abladetiefe von 2,50 m erreicht. Das seien also 56 Tage mehr im Jahr als im Ist-Zustand und damit eine Verbesserung der Schifffahrtsverhältnisse auf der Donau. Zum Vergleich: Bei Variante C 2,80 wären es mindestens 301 Tag geworden, derzeit sind es 165 Tage im Jahr.

Entgegen anders lautender Berichte stellen die »flussregelnden Maßnahmen« bei Variante A keineswegs einen »sanften«, also umweltfreundlicheren Ausbau der Donau dar, heißt es beim BDB: Bestehende Bauwerke müssten erweitert und zusätzliche Bauwerke errichtet werden. Auf die geplante Renaturierung der ökologisch besonders wertvollen Mühlhamer Schleife werde zudem komplett verzichtet. Zimmermanns Kollege Klaus Hohberger setzt jetzt

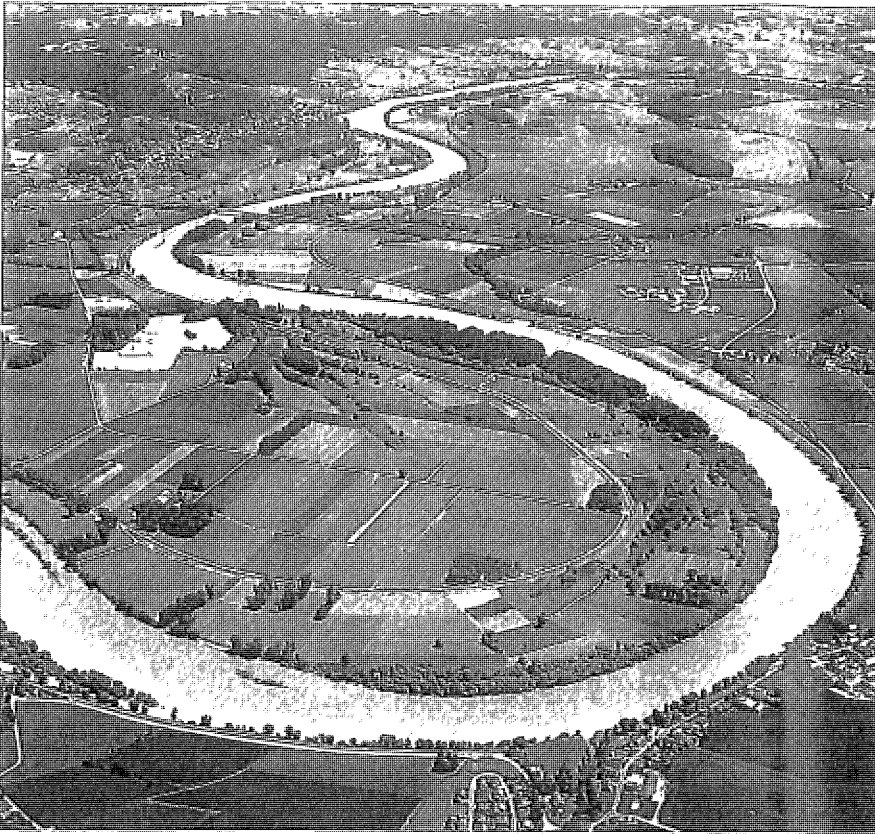


Foto: WSD Süd

Gilt als unfallträchtig: Die Donau in Niederbayern mit der Mühlhamer Schleife

### Der deutsche Donau-Abschnitt

Der 69 Kilometer lange Donauabschnitt zwischen Straubing und Vilshofen ist Teil der 209 Kilometer langen Bundeswasserstraße von Kelheim bis zur deutsch-österreichischen Grenze bei Jochenstein (Passau). Der niederbayerische Flussabschnitt gilt als maßgebliches Nadelöhr auf der insgesamt 3469 Kilometer langen Rhein-Main-Donau-Wasserstraße zwischen Nordsee und dem Schwarzen Meer, einzige Wasserstraße unter den von der EU definierten Transeuropäischen Verkehrskorridoren (TEN). Im Abschnitt zwischen Straubing und Vilshofen erreichen Schiffe bei Niedrigwasser nur eine mittlere Abladetiefe von 1,6 m. Für den geplanten Ausbau wurden 2 Varianten untersucht: Variante A mit rein flussregelnden Maßnahmen, die das Wasser zusammendrücken und so eine größere Abladetiefe bewirken. Und Variante C 2,80 mit einem ständig überströmten Schlauchwehr bei Aicha und einem 2 km langen Schleusenkanal, der die besonders schwierige Mühlhamer Schleife abschneiden würde. mas

darauf, dass jetzt erst einmal ein Planfeststellungsverfahren kommt. »Was dann umgesetzt wird, wissen wir erst am Ende.« Beide warnen davor, Öl ins Feuer zu gießen. Zimmermann: »Es gibt nur noch zwei mögliche Varianten: Entweder A bzw. jetzt A+ – und die Nullvariante.« Also im schlimmsten Fall gar kein Ausbau. Das soll auf gar keinen Fall passieren. »Wir hoffen daher, dass nun alle Beteiligten die Entscheidung unterstützen und zügig mit der Umsetzung begonnen wird. Es ist wichtig, dass keine weitere Zeit verloren geht.«

So sieht es auch die BayWa, einer der größten Verladere der Region und bester Kunde in den Bayernhäfen. »Hauptsache, es geht los«, sagt der Regensburger Niederlassungsleiter Josef Auburger. Skeptischer ist man dagegen im kommunal betriebenen Hafen von Würzburg. »Das ist kein gutes Signal für die Binnenschifffahrt«, sagt Geschäftsführer Friedhelm Sodenkamp. Denn ein unzureichender Ausbau der Donau schaffe kein Vertrauen in die Verlässlichkeit dieses Verkehrsträgers. »Daher tut uns die Entscheidung weh.«

Martin Staats, Vorstandschef der Reedereigenossenschaft MSG, beklagt die seit langem ausstehende langfristige Strategie der Politik für die Donau und insgesamt für die Binnenschifffahrt. »Uns fehlt eine klare Perspektive.« Die Kompromissvariante A sei immerhin besser als gar kein Ausbau, doch angesichts schwankender Wasserstände werde es auch künftig eine Planungsunsicherheit für Reedereien und Verladere geben – bis die Mühlhamer Schleife eines Tages vielleicht doch noch abgeschnitten wird. □

Ein Binnenschiff auf der Donau. Nach einem Ausbau wäre der Fluss an deutlich mehr Tagen im Jahr schiffbar.



Foto: wikicommons

## Der Ausbau der Donau in Niederbayern – eine Chronik

36 Aktenordner. 11.000 Seiten Text. Auf dem Datenstick: 8 GB. Das sind die nackten Zahlen nach drei Jahren Arbeit. Fristgerecht haben die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd und die beteiligten Fachstellen und Planungsbüros zum Jahreswechsel die Arbeiten an der Studie zum Ausbau der Donau in Niederbayern beendet. In Spitzenzeiten waren um die 150 Fachleute gleichzeitig beteiligt, um zwei mögliche Varianten und zusätzlich den Ausbau des Hochwasserschutzes zu untersuchen. Die Main-Donau-Verträge von 1921 regeln, dass die Rhein-Main-Donau AG den Main und die Donau ausbaut und den Main-Donau-Kanal baut; sie darf die Wasserkraft nutzen. Wörtlich ist die Rede von der »Großschiffahrtsstraße Aßchaffenburg bis Reichsgrenze bei Passau«. Für die Donau sind Staustufen und Niedrigwasserregulierung vorgesehen. Die Kosten will zu zwei Dritteln das deutsche Reich, zu einem Drittel der Freistaat Bayern übernehmen. Die Chronik des Donauausbaus.

Zwischen 1930 und 1969 wird der Niedrigwasserstand der Donau reguliert. Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde das Mittelwasser reguliert.

Am 9. September 1949 schließen die Bundesregierung, der Freistaat Bayern und die Rhein-Main-Donau AG einen Zwischenvertrag zum Donauausbau.

Der Duisburger Vertrag legt am 16. September 1966 fest, dass der Bund und der Freistaat Bayern die Donau zwischen Straubing und Vilshofen, 69 Kilometer lang, für große Güterschiffe ausbauen. Dazu sind Staustufen zwischen Regensburg und Vilshofen vorgesehen.

1976: Der Donaukanalisierungsvertrag regelt die Durchführung des Ausbaus.

1978 werden die Staustufen Bad Abbach und Regensburg in Betrieb genommen. 1985 folgt die Staustufe Geisling.

1989 beginnen die konkreten Planungen für den Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen.

1990 weist der Freistaat an der Donau bei Deggendorf das Naturschutzgebiet Isarmündung aus.

1992 wird der Main-Donau-Kanal eröffnet. Gleichzeitig wird für den Donauabschnitt zwischen Straubing und Vilshofen ein Raumordnungsverfahren eröffnet, sein Inhalt: eine Kanalisierung mit Staustufen und Seitenkanal.

Im Zuge der Privatisierung der RMD AG folgt 1994 ein Anpassungsvertrag; zuständig für den Donauausbau ist seit 1999 die RMD Wasserstraßen GmbH, eine Tochter der RMD AG.

1995 sind die Arbeiten an der Staustufe Straubing abgeschlossen. Im gleichen Jahr sammeln die Gegner eines weiteren Donauausbaus – allen voran der Bund Naturschutz – über 100.000 Unterschriften. Der so genannte Ogris-Vorschlag bevorzugt eine rein flussregelnde Lösung.

Im Oktober 1996 fällt die Ministerentscheidung, weitere Untersuchungen einzuleiten. Das Raumordnungsverfahren wird eingestellt.

17. Oktober 1996: Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann und Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber einigen sich auf vertiefende Untersuchungen. Zwischen 1997 und 2000 werden fünf Ausbauvarianten untersucht: A, B, C, D1 und D2.

Im Jahr 2001 erhält das Naturschutzgebiet Isarmündung europäische Bedeutung, es wird als FFH-Gebiet ausgewiesen.

2002 entscheidet sich der Bundestag unter der rot-grünen Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder für Variante A, also den rein flussregelnden Ausbau. Der Parlamentsbe-

schluss ist rechtlich jedoch nicht bindend. Bayern bleibt bei Variante C 2,80.

2003: Der Bundestag stimmt bei der Verabschiedung des Bundesverkehrswegeplans für Variante A. Bayern leitet hingegen ein Raumordnungsverfahren ein, in dessen Rahmen noch drei der verbliebenen fünf Varianten untersucht werden: der rein flussregelnde Ausbau (Variante A), der flussregelnde Ausbau mit einem Stauwehr in Höhe Aicha, am Beginn der Mühlhamer Schleife (Variante C 2,80) und ein Ausbau mit flussregelnden Maßnahmen und drei Staustufen (Variante D2).

Am 8. März 2006 steht das Ergebnis fest: Die Landesplanerische Beurteilung durch die Regierung von Niederbayern ergibt, dass die Variante C 2,80 unter Einhaltung bestimmter Maßgaben den Erfordernissen der Raumordnung entspricht. Das Bundesverkehrsministerium stellt 2007 den EU-Förderantrag für weitere Untersuchungen.

Am 19. November 2008 billigt die EU-Kommission die so genannte EU-Studie »Variantenunabhängige Untersuchungen zum Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen«.

Am 28. Oktober 2009 beginnen mit der Ausschreibung die Arbeiten an der EU-Studie. Sie ist auf drei Jahre ausgelegt. Untersucht werden Variante A, für die sich der Bundestag ausspricht, und C 2,80, die Variante des Freistaats. An den Kosten von etwa 33 Millionen Euro beteiligt sich die EU zu 50 %.

Oktober 2011: Mit einem Besuch des Deggendorfer Kreistages beginnen die WSD Süd, das Wasserwirtschaftsamt und die RMD Wasserstraßen GmbH die Reihe ihrer so genannten Gemeindebesuche, insgesamt werden es 25 Termine.

Juli 2012: SPD, Grüne und FW kündigen ihren Widerstand gegen den Donauausbau an.

11. Oktober 2012: Lange, bevor die letzten Berichte abgegeben sind, spricht sich Bayerns Umweltminister Marcel Huber für Variante A und gegen einen Ausbau mit Staustufe, Schleuse und Schleusenkanal aus. Er präsentiert eigene Überlegungen für eine optimierte Variante A, die als »Hubers Besseres Donaukonzept« für einigen Wirbel vor allem bei der niederbayerischen CSU sorgen, die sich – anders als auch Ministerpräsident Horst Seehofer – weiter für einen möglichst starken Donauausbau einsetzen.

10. Dezember 2012: Ministerpräsident Seehofer bereist mit dem Schiff die Donau zwischen Straubing und Vilshofen mit Stationen in Deggendorf und Niederaltaich. Bereits am Tag darauf lehnt das bayerische Kabinett mit seinen CSU- und FDP-Ministern einen Kompromiss ab und spricht sich klar dafür aus, eine eindeutige Entscheidung für eine Variante zu treffen.

Am 18. Dezember 2012 liegt die Studie vor. Die Zahlen belegen, dass sich beide Varianten rechnen, die Wirtschaftlichkeit ist sogar höher als erhofft. Und alle Eingriffe in die Natur können direkt an der Donau ausgeglichen werden.

Am 23. Januar 2013 fällt die Entscheidung – für einen Kompromiss: Ministerpräsident Seehofer bekräftigt bei einer internen Besprechung mit der Niederbayern-CSU, dass es in seiner Amtszeit keine Staustufe geben werde. Dafür soll auf dem 69 Kilometer langen Flussabschnitt zunächst der Hochwasserschutz durchgängig mit einem Sonderprogramm vorangetrieben werden. Im Klartext heißt das, dass Variante A auf 54 Kilometern umgesetzt wird, Variante C 2,80 im sensiblen Bereich zwischen Isarmündung und Mühlhamer Schleife aber in Zukunft noch eine Option ist. Die Opposition spricht von einem faulen Kompromiss.

mas



KOMMENTAR

Neuaufrichtung

Alle freuen sich – nur am Horizont ein Hauch von Skepsis. In seltener Einigkeit würdigen Koalition und Opposition den Beschluss des Ministerrats zum Donauausbau als den grundsätzlich richtigen Weg. Da fragt man sich unvermittelt: Schön, aber welche entscheidenden neuen Fakten kamen jetzt eigentlich auf den Tisch? Ein revolutionäres Gutachten? Überraschende neue Zahlen zum Güterverkehr auf der Donau?

Wer jahrzehntlang den politischen Streit um den Ausbau der Donau mitverfolgte, kann gar nicht glauben, wie schnell jetzt eine offenbar passgenaue Lösung für den dringend nötigen Hochwasserschutz und eine überfällige Sanierung der Schifffahrtsstraße an Land gezogen wurde.

Irgendwie fehlt der Glaube, dass an der Donau das letzte Wort in Sachen Staustufen gesprochen ist. Neue Bewertungsgrundlagen nach Faktenlage waren ja offensichtlich nicht Grund für den gestrigen Entschluss – sondern eine Neuaufrichtung der politischen Interessenslage. Und wie schnell sich hier in unseren global vernetzten Unruhe-Zeiten der Wind drehen kann, weiß man nicht erst seit Fukushima.

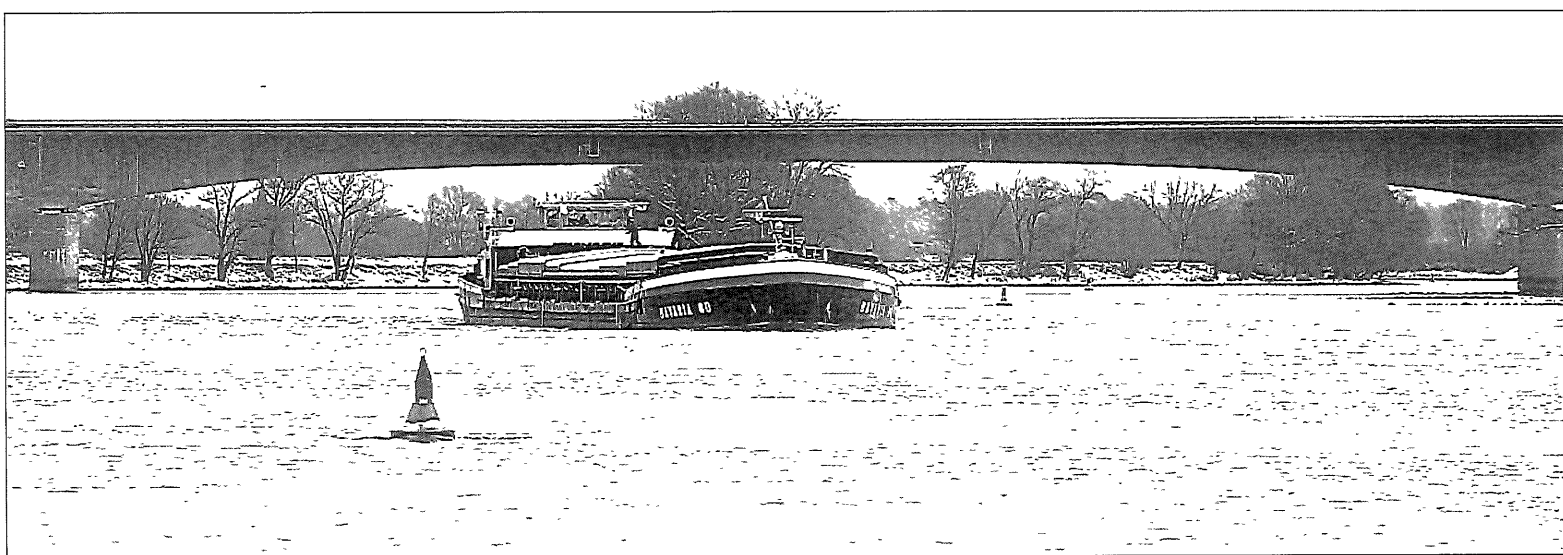
Ralf Lipp

Der Donauausbau

Die Donau führt auf dem 70 Kilometer langen Abschnitt zwischen Straubing und Vilshofen häufig Niedrigwasser. Moderne Binnenschiffe benötigen eine Abladetiefe von mindestens 2,50 Metern. Dieser Wert wird auf der niederbayerischen Donau derzeit aber nur an durchschnittlich 150 Tagen im Jahr erreicht. Dies soll mit dem Ausbau der Donau verbessert werden.

Nach jahrzehntelangen Diskussionen standen zuletzt noch zwei Ausbauvarianten zur Debatte. Die sogenannte Variante A, auf die sich die schwarz-gelbe Koalition jetzt festgelegt hat, verzichtet auf den Bau einer Staustufe und setzt auf die Anlage von Buhnen. Dadurch könnte Berechnungen zufolge eine Abladetiefe von mindestens 2,50 Metern an immerhin 185 Tagen pro Jahr erreicht werden.

Die sogenannte Variante C2,80, für die sich Teile der CSU vehement eingesetzt hatten, sieht den Bau einer Stützschwelle bei Aicha und eines Stichkanals an der Mühlhamer Schleife nahe Osterhofen vor. Damit soll an 290 Tagen im Jahr eine Abladetiefe von 2,50 Metern auf der niederbayerischen Donau sichergestellt werden.



Die politischen Nebel lichten sich über dem Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen: Der Ministerrat beschloss gestern den Ausbau nach Variante A – in fast dem kompletten Teilstück. (Foto: dapd)

Donau bleibt vorerst ohne weitere Staustufe

Ministerrat beschließt den Ausbau zwischen Straubing und Vilshofen nach der Variante A

Von Ralf Müller

**Straubing/München. Jetzt ist es amtlich: Der Abschnitt der Donau zwischen Straubing und Vilshofen wird ohne Staustufe und Stichkanal ausgebaut – jedenfalls vorerst. In Abwesenheit von Ministerpräsident Horst Seehofer, der zur Abschiedsaudienz von Papst Benedikt in Rom weilte, beschloss der bayerische Ministerrat gestern den Ausbau der Donau inklusive Hochwasserschutz nach der so genannten „Variante A“, also ohne Stauwehr und Kanal.**

Der schiffahrtsgerechte Ausbau wird allerdings nur für die „unstrittigen“ 54 Kilometer bis zur Isarmündung vorgenommen. Für den umstrittenen etwa 16 Kilometer langen Abschnitt von der Isarmündung bis zu Mühlhamer Schleife gilt zunächst nur das Wort von Ministerpräsident Seehofer: „Eines ist klar: In meiner Amtszeit wird es keine Staustufe, keinen Stichkanal und keine Verfahren dazugeben“.

Die Beschlüsse des Kabinetts, die einen jahrzehntelangen Streit vorerst beenden, erläuterten am Mittwoch in München zwei bayerische Minister, die sich schon immer gegen den Staustufenbau an der Donau ausgesprochen haben. Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) erklärte, die FDP-Mitglieder der Staatsregierung wären bereit gewesen, gleich Nägel mit Köpfen zu machen und „mit dem gesamten Abschnitt ins Verfahren zu gehen“, aber der Partner CSU habe über den besonders sensiblen letzten Teil noch nicht entscheiden wollen.

„Weitgehende Festlegung“

Auch Umweltminister Marcel Huber (CSU) hätte gerne abschließend auch über den umstrittenen

Flussabschnitt entschieden, aber dagegen stand ein Kompromiss des Regierungschefs mit der Niederbayerern-CSU, die an einem Ausbau mit Stau und Kanal nach der „Variante C2,80“ festhält. Dass aber nun entlang fast der gesamten niederbayerischen Donau der Hochwasserschutz so gebaut werden soll, wie es der sanften Ausbauvariante A entspricht, sei schon „eine sehr weitgehende Festlegung“, betonte Huber. Die Weichen für einen späteren Gesamtausbau nach der Variante A seien gestellt, meinte Wirtschaftsminister Zeil.

Auch CSU-Umweltminister Huber tat so, als wäre der unsanfte Eingriff zur besseren Schifffahrt des Flusses endgültig vom Tisch. Mit der Entscheidung gegen ein Stauwehr werde ein besonders wertvolles Stück Natur mit 52 Fisch- und 135 Vogelarten bewahrt,

sagte Huber. Außerdem könne man jetzt sofort mit dem Hochwasserschutz anfangen. Hätte man sich gegen den Protest der Umwelt- und Naturschützer für die Variante C2,80 entschieden, hätte man sich wohl auf sechs bis acht Jahre Gerichtsstreitereien einstellen müssen.

Schutz vor Jahrhundertflut

Das lange zähe Ringen um den Ausbau der niederbayerischen Donau könnte katastrophale Folgen haben, wenn es der Natur gefällt, die Donau mehr als üblich über die Ufer treten zu lassen. Der Schutz an diesem Abschnitt genügt nämlich nur einem 30-jährlichen Hochwasser. Noch in diesem Jahr sollen die ersten Baumaßnahmen beginnen, um Ortschaften und Industrieansiedlungen vor allem bei Niederalteich und Mariaposching vor einem

hundertjährigen Hochwasser „plus 15 Prozent“ zu schützen.

Die ersten 100 Millionen Euro hat das Kabinett zur Verfügung gestellt. Bis 2024 sollen insgesamt 578 Millionen Euro für den Hochwasserschutz an der niederbayerischen Donau ausgegeben werden. Davon tragen zwei Drittel der Freistaat Bayern und ein Drittel der Bund.

Die bayerische FDP jubelte über den Kabinettsbeschluss. Das jahrelange Werben für einen Ausbau ohne Staustufen sei zu einem guten Ende gekommen, erklärte der umweltpolitische Sprecher der FDP im Landtag, Tobias Thalhammer.

Der Grünen kritisierte mögliche „Hintertürchen“. Die Staatsregierung hätte den sanften Ausbau gleich für die komplette Strecke beschließen müssen, „um nach jahrzehntelanger Unsicherheit endlich dauerhaft Gewissheit zu schaffen“.

Freude – und Angst vor „Hintertürchen“

Der Beschluss des Ministerrats zum Donauausbau wurde in der Sache über Parteigrenzen hinweg positiv aufgenommen.

Manfred Weber, CSU-Bezirksvorsitzender, Kelheim: „Die heutige Entscheidung des Kabinetts ist ein gutes Ergebnis und ein Erfolg für die Menschen in Niederbayern. Endlich werden die drängenden Probleme Hochwasserschutz und Verkehrsbelastung angepackt.“ Wichtig sei der niederbayerischen CSU vor allem, dass bereits 2014 100 Millionen Euro für den Hochwasserschutz zur Verfügung stünden. „Nun müssen die Bagger schnell rollen, damit es für die Menschen entlang der Donau im Falle eines Hochwassers kein böses Erwachen gibt.“ Auch die Verkehrsbe-

lastung auf der A3, B20 und der Bahnachse zwischen Regensburg und Passau sei immens. Das bis 2014 vorliegende Gesamtverkehrskonzept für diesen Bereich müsse Lösungen aufzeigen.

Bernd Sibler, CSU-MdL aus Plattling (Kreis Deggendorf): „Die aktuelle Entscheidung ist ein großer Erfolg für die Donau-Anrainer.“ Die intensiven Verhandlungen der letzten Wochen im Hintergrund hätten sich gerade beim Hochwasserschutz ausgezahlt. Der erzielte Kompromiss ermögliche jetzt wieder einen breiten gesellschaftlichen Konsens in Niederbayern.

Reinhold Perlak, SPD-Landtagsabgeordneter aus Straubing: „Es ist erstaunlich, dass die Entscheidungsträger volle drei Jahrzehnte brauchen, bis sie zu der Erkenntnis kommen, die wir gemeinsam mit allen naturschutzrelevanten Verbänden längst vertreten haben.“ Ebenso verwundere es, dass die Kabinettsfestlegung urplötzlich als guter Kompromiss bezeichnet werde. Längst hätte der naturnahe Ausbau ausgeführt und in Verbindung damit ein tauglicher Hochwasserschutz hergestellt sein können. Perlak: „Es war schon immer ein Schmarrn, dass es zu einer Verkehrsentlastung für Straße und Schiene hätte kommen können. Ebenso war es schon immer eine Lüge, dass es seitens der Bevölkerung und insbesondere der Donau-Anrainer eine Mehrheit für den Staustufenausbau gegeben hätte.“

Eike Hallitzky, Grünen-MdL, Passau: „Weshalb keine Entscheidung für den gesamten Streckenabschnitt, weshalb wieder ein Hintertürchen?“ Der sanfte Ausbau nach der Variante A hätte nach Ansicht Hallitzkys gleich für die kompletten 69 Kilometer beschlossen werden können und müssen „um nach jahrzehntelanger Unsicherheit bei den

niederbayerischen Bürgerinnen und Bürgern endlich dauerhaft Gewissheit zu schaffen“. Für den Erhalt des einmaligen Lebensraums gelte es jetzt, „Experten mit der Planung des sanften Ausbaus zu befassen, um diesen ökologisch zu optimieren“. Hier sei es erforderlich, Alt- und Seitengewässer besser an den Hauptstrom anzubinden (zur Verbesserung der Fischfauna) sowie Uferversteinerungen abzubauen und den Deich rückzuverlegen.

Horst Meierhofer, FDP-Landesgruppenvorsitzender im Bundestag, Regensburg: „Der heutige Kabinettsbeschluss zum Donauausbau ohne Staustufen macht uns große Freude.“ Leider habe die Angst der CSU, das letzte Stück der Mühlhamer Schleife mitzuplanen, eine durchgehende Lösung verhindert. Meierhofer: „Jetzt muss Bundesminister Ramsauer in die Pedale treten und mit der Umsetzung starten.“

Hubert Aiwanger, Freie-Wähler-Vorsitzender, Landshut: „Kurz vor der Wahl wird die CSU katholisch. Jahrelang wurde der Hochwasserschutz schuldhaft verzögert, weil die Staatsregierung behauptet hat, ohne Staustufe gäbe es keinen Hochwasserschutz. Jetzt also doch.“

Richard Mergner, Bund-Naturschutz-Landesbeauftragter, Nürnberg: „Die endgültige Aufgabe der Staustufenpläne an der Donau muss das Ziel bleiben.“ Die Umweltverbände würden sich dann konstruktiv an der Ausgestaltung der Hochwasserschutzmaßnahmen beteiligen, wenn es keine Hintertüren für die Staubeauftraggeber in Politik, Verwaltung und der Rhein-Main-Donau AG mehr gebe. Speziell im Isarmündungsgebiet bestehe eine einmalige Chance, mit der Rückverlegung der Deiche ein europaweit herausragendes, dynamisch sich entwickelndes Aue- und Gewässerschutzgebiet aufzubauen.